

Am 18. Oktober 2007 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den siebten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklungen in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Der Konjunkturaufschwung in Deutschland wird sich nach überwiegender Meinung der über 200 Teilnehmer am Branchen-Dialog, die vor allem Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftspolitik vertraten, im nächsten Jahr fortsetzen, allerdings in deutlich gedämpfter Form. Nach Sektoren und Branchen ergeben sich zum Teil erhebliche Unterschiede. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 22. Oktober 2008 in München stattfinden.

*Zusammenfassung
der Vorträge*

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa

Der diesjährige ifo Branchen-Dialog fand vor dem Hintergrund eines starken Konjunkturaufschwungs statt, der jedoch in seine Spätphase eingetreten zu sein scheint. Dieses Konjunkturbild zeichnete auch Reinhard Dörfler, Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer für München und Oberbayern, in seinem Eingangsstatement. Wie üblich für konjunkturelle Spätphasen, nehme auch derzeit der Mangel an Fachkräften noch deutlich zu, da die Firmen erfahrungsgemäß in der Anfangs- und Reifephase eines Konjunkturaufschwungs zunächst versuchen, mittels Überstunden und Einsatz von Zeitarbeit Personalengpässe zu überwinden, bevor sie zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Dörfler wies darauf hin, dass verstärkte Ausbildungsanstrengungen in den Unternehmen und generell mehr Bildungsaufwendungen notwendig seien, um mittelfristig die Chancen für ein dynamisches Wachstum zu verbessern.

Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, ging in seinem Vortrag zum Thema »Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa« auf das aktuelle Konjunkturgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ein, das am Tag der Veranstaltung in Berlin veröffentlicht wurde. Für

die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands in 2008 sei dieses neue Gutachten gedämpft optimistisch. Es werde mit einer Fortsetzung des Aufschwungs, allerdings in deutlich abgeschwächter Form, gerechnet (2,2% reales Wirtschaftswachstum in 2008 gegenüber 2,6% in 2007 und 2,9% in 2006). Nach Sinn bestehen trotz der Risiken, die von der Sub-prime Hypothekenkrise in den USA und dem Höhenflug des Euro auf die deutsche Wirtschaft ausgehen, gute Chancen, dass die Wirtschaft in Deutschland in 2008 und 2009 einen »goldenen Herbst des Konjunkturaufschwungs« erleben wird.

Ergänzend zum neuen Gemeinschaftsgutachten konzentrierte sich Sinn auf die zwei Fragen »Woher kam der gegenwär-



Dr. Reinhard Dörfler, Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer für München und Oberbayern

tige Aufschwung?«, und »Wie steht es wirklich um die Reallohnentwicklung in Deutschland?«

Was die Herkunft des jüngsten Konjunkturaufschwungs in Deutschland anbelangt, überprüfte Sinn insgesamt sechs Hypothesen:

Hypothese 1: Der Aufschwung gehört Frau Merkel. Diese Hypothese sei offenkundig falsch, denn die Regierung habe ja das Budgetdefizit des Staates völlig abgebaut und auch keine Angebotspolitik betrieben. Während das Defizit im Jahr des Amtsantritts bei 3,4% des Bruttoinlandsprodukts lag, erwarte man in diesem Jahr sogar einen kleinen Überschuss von 0,1%. Die Regierung habe den Aufschwung also gebremst. Das sei aber genau das Richtige gewesen, antizyklische Politik wie im Lehrbuch. Die Lasten für zukünftige Generationen werden nicht vergrößert, und für den nächsten Abschwung habe man »sein Pulver trocken behalten«.

Hypothese 2: Die Gewerkschaften haben sich zurückgehalten, was neue Arbeitsplätze geschaffen hat. In der Tat seien die nominalen Lohnstückkosten in den letzten Jahren deutlich hinter der Entwicklung anderer Länder zurückgeblieben. Während die deutschen Lohnstückkosten von 1999 bis 2006 nur um 0,6% stiegen, nahmen die Lohnstückkosten der anderen Euroländer im Durchschnitt um 15,9% zu, was für Deutschland eine relative Lohnkostensenkung von 13,2% bedeutete. Das habe die Wettbewerbsfähigkeit der immer noch sehr teuren deutschen Arbeitnehmer wieder etwas verbessert. Allerdings gebühre das Lob hierfür weniger den Gewerkschaften als der allgemeinen Preisrückhaltung in Deutschland und der Agenda 2010. Dies begründe auch die beiden nächsten Hypothesen.

Hypothese 3: Deutschland hat langsamer inflationiert als die anderen Euroländer und ist damit insgesamt wettbewerbs-

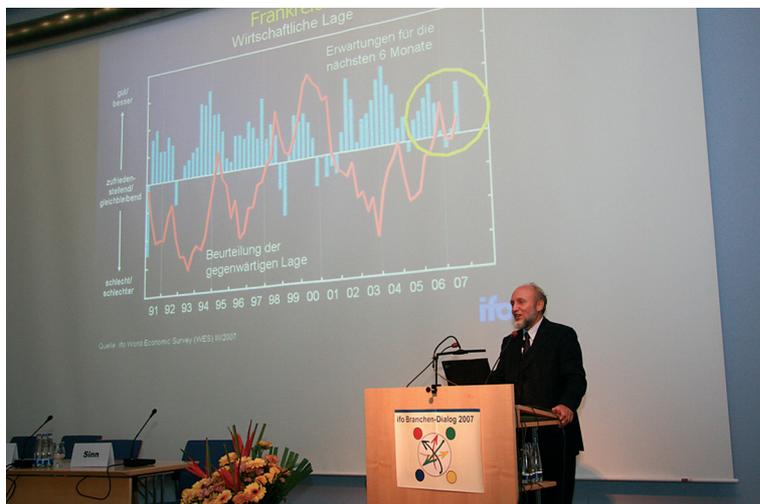
fähiger geworden. Ökonomen nennen dies reale Abwertung. Tatsächlich habe Deutschland gemessen am Preisindex für das Bruttoinlandsprodukt von 1999 bis 2006 im Euroraum um 11,4% (handelsgewichtet um 10,9%) abgewertet. Dies sei der Hauptgrund für das Zurückbleiben der deutschen Lohnstückkosten. Von dem Vorteil bei der Verminderung der Lohnstückkosten gegenüber den anderen Euroländern (13,2%) würden deshalb also nur etwa 2 Prozentpunkte durch eine reale Lohnzurückhaltung erklärt werden.

Hypothese 4: Die Agenda 2010 wirkt. Schröder habe einer Million Menschen im Westen und einer Million Menschen im Osten die Arbeitslosenhilfe gestrichen und sie mit dem Arbeitslosengeld II faktisch zu Sozialhilfeempfängern gemacht. Außerdem habe er die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer von 32 auf 18 Monate gesenkt. Das alles habe die impliziten Lohnansprüche, die durch den Lohnersatz definiert waren, gesenkt und ein wenig Bewegung in die Lohnfront gebracht, was auch ein Beitrag zum Jobwunder der letzten zwei Jahre war. Man könne die Effekte zwar noch nicht quantifizieren, ein Indiz für die Richtigkeit der Hypothese sei aber, dass die Beschäftigung der über 50-jährigen Arbeitnehmer im Verlauf des Jahres 2006 um 4,9% zugenommen habe, während im Durchschnitt über alle Altersklassen nur ein Plus von 1,6% zu verzeichnen sei.

Hypothese 5: Die Konjunktur wird vom Ersatzzyklus der Investitionen getragen. Diese These sei, wie ein Blick auf die Trendzerlegung der Nachfragekomponenten des Sozialprodukts zeige, unabweisbar. Investitionen seien die Cycle Makers. Sie schwanken viel stärker als andere Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und erzeugen dadurch das Auf und Ab, das man Konjunktur nennt. Der deutsche Investitionszyklus war bislang etwa zehn Jahre lang, scheine sich nun aber etwas verkürzt zu haben. Die Konjunktur werde jedenfalls maßgeblich davon erklärt. Dass die Investitionen die Konjunktur machen, gelte freilich nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt.

Hypothese 6: Die deutsche Konjunktur folgt der Weltkonjunktur, weil wir viel exportieren. Auch diese Hypothese stimme ohne Zweifel, denn die Weltkonjunktur brumme wie schon lang nicht mehr. In diesem Jahr werde die Weltwirtschaft zum vierten Mal hintereinander mit einer Rate von etwa 5% wachsen. Das habe es seit 1950 nicht mehr gegeben. Bestenfalls verzeichnete man Wachstumsraten von 5% oder mehr immer nur für maximal drei Jahre.

Zwischen der Hypothese 6 und der Hypothese 5 gebe es keinen Widerspruch, denn die Weltkonjunktur werde ebenfalls durch den



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Investitionszyklus erklärt. Nach Aussage des ifo Präsidenten ergänzen sich die Hypothesen sogar gerade im deutschen Fall in besonderer Weise, weil sich Deutschland beim Export auf Investitionsgüter spezialisiert hat. Das Land profitierte deshalb vom Aufschwung der Weltwirtschaft relativ mehr als die anderen Euroländer und konnte von der Schlusslichtposition beim Wachstum auf eine durchschnittliche Position aufsteigen. Es könnte aber später aus dem gleichen Grunde vom Abschwung stärker betroffen sein. Dass man Jahrzehnte lang alle Kräfte auf den Aufbau des Exports gesetzt und dabei die Binnensektoren vernachlässigt habe, führe zu einer besonders hohen Konjunkturabhängigkeit des Landes. Im Boom werde Deutschland zwar stärker als die anderen Euroländer hochgehoben, dafür sacke es in der Flaute umso stärker nach unten. Deshalb sei es wichtig, die Kräfte, die gemäß Hypothese 4 von der Agenda 2010 ausgehen, weiter zu stärken. Sie werden langfristig zum Aufbau dienstleistungsintensiver Binnensektoren beitragen und so die Konjunkturabhängigkeit der deutschen Wirtschaft verringern.

Was die **Reallohnentwicklung in Deutschland** betrifft, bezog sich Sinn auf eine jüngste Veröffentlichung des Arbeitsministeriums, die zu einer umfangreichen Reaktion in den Medien führte. Danach waren die realen, also preisbereinigten Nettolöhne der Arbeitnehmer in Deutschland im vergangenen Jahr so niedrig wie seit 1986 nicht mehr. Tatsächlich sind die Löhne in den letzten Jahren unter Druck gekommen, und die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen unter Berücksichtigung der Verschiebung in der Struktur der Erwerbstätigkeit in der Zeit seit 1980 hat sich verringert. Schon in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war sie spürbar rückläufig gewesen, und die letzte mehrjährige Phase mit einem spürbaren kontinuierlichen Anstieg (1970 bis 1974) liegt schon mehr als drei Jahrzehnte zurück. Irreführend seien aber die Interpretationen der vom Arbeitsministerium veröffentlichten Zahlen durch manche Medien. Hinter dem geringen Anstieg der Nettoealeinkommen in den letzten 20 Jahren verberge sich nämlich vor allem ein Struktureffekt. Es seien in den letzten Jahren sehr viele Teilzeitstellen und marginale Beschäftigungsverhältnisse, wie Minijobs und Ein-Euro-Jobs, entstanden, die es bei höheren Löhnen nicht gegeben hätte. Das habe zwar den Durchschnitt gesenkt, besage aber nicht, dass hier eine problematische Entwicklung eingetreten wäre. Denn schon der monatliche Netto-reallohn eines westdeutschen Facharbeiters sei viel stärker gestiegen. Beim Alleinstehenden verzeichne die Statistik ein Plus von 25%, beim Verheirateten unter Hinzurechnung des gesetzlichen Kindergeldes eines von 53%. Das heißt, Normalarbeitsverhältnisse hätten in den letzten Jahrzehnten sehr wohl eine deutliche Steigerung der realen Stundenverdienste gebracht: immerhin seit 1970 je nach Familienstand ein Plus von etwa der Hälfte bis zu drei Vierteln dessen, was man damals verdient habe.¹

Branchenforen

Wie üblich beim ifo Branchen-Dialog fanden in je zwei Parallelveranstaltungen die Foren »Industrie« und »Handel« sowie »Dienstleistungen« und »Bauwirtschaft« statt. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Foren dargestellt. Ein ausführlicher Tagungsband kann beim ifo Institut zum Preis von 200 € + MwSt. bezogen werden.²

¹ Vgl. Hans-Werner Sinn, Eine Anmerkung zur Reallohnentwicklung in Deutschland, *ifo Schnelldienst*, Jg. 60, Nr. 19, 2007, S. 23–26.

² Bitte richten Sie Ihre Bestellung per E-Mail an Riess@ifo.de

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe

Hans-Günther Vieweg und Reinhard Hild

Die robuste Binnennachfrage federt die europäische Industrie gegenüber den zunehmenden weltwirtschaftlichen Belastungen ab

Im Forum 1 wurden in drei Vorträgen die Perspektiven der Industrie beleuchtet. Henrik Meincke, Chefvolkswirt des Verbandes der Chemischen Industrie, Frankfurt, analysierte die chemische Industrie und ihre Spezialisierung am Standort Deutschland. Mit Verweis auf die Innovationskraft der Branche begründete er seine positive Einschätzung der längerfristigen Entwicklungspotentiale. Auch kurzfristig sind die Aussichten – trotz der Spannungen auf den Rohstoffmärkten und der leichten Abschwächung der Weltwirtschaft – für ein weiteres Wachstum gut. Hans-Joachim Frank, Leiter des Branchen-/Immobilien-Teams der Deutsche Bank Research, Frankfurt, untersuchte die Aussichten für die deutsche Industrie. Er ging von der Einschätzung, dass die Sub-prime-Krise in den USA realwirtschaftlich nur begrenzte Auswirkungen auf Deutschland haben werde, aus. Für die Investitionsgüterindustrie prognostizierte er eine leichte Abschwächung im kommenden Jahr, während die bisher wenig dynamische Konsumgüterindustrie aufgrund einer verstärkten Nachfrage der privaten Haushalte mit einer Beschleunigung rechnen könne. Hans-Günther Vieweg, ifo Institut, bettete die Tendenzen für die deutsche Industrie in einen weltwirtschaftlichen Rahmen ein. Insbesondere zeigte er, dass die in Europa, verglichen mit den USA und Japan, robustere Binnennachfrage dazu beiträgt, dass die Expansion der Industrieproduktion 2008 weniger gedämpft wird als in den beiden anderen Volkswirtschaften. Für 2009 entwickelte er ein Szenario, das zu einer Stagnation der Industrieproduktion in Deutschland führen kann. Die Annahmen für eine solche Entwicklung sind die ausgeprägte konjunkturelle Zyklus der Investitionsgüterindustrie, die für Deutschland von herausragender Bedeutung ist, sowie der gegenwärtige Auftragsschub, der sich in dem zunehmend schwierigeren weltwirtschaftlichen Umfeld abflachen wird, und der Wettbewerbsnachteil durch den starken Euro, der in einem Umfeld schwächer wachsender Märkte stärkere Wirkung entfalten wird. Unter diesen Bedingungen wird die Investitionsgüterindustrie das für 2008 prognostizierte neue Rekordniveau nicht halten können. Dieses Thema wurde kontrovers diskutiert und eine so starke Abkühlung von den meisten Diskutanten mit einem Fragezeichen versehen.

Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft hatte ausgehend vom Tiefpunkt im Jahr 2001 laufend an Dynamik gewonnen. Seit 2004 nimmt das globale Bruttoinlandsprodukt mit Raten zwischen 4 und 5% zu. Die Dauer und Dynamik der Expansion ist im historischen Vergleich bemerkenswert. Noch stärker – mit etwa 5,5% p.a. – wuchs im Zeitraum bis 2006 die weltweite Industrieproduktion, vor allem getrieben von der Entwicklung in den Schwellenländern. Für die reifen Industrienationen lag das Wachstum bei rund 3%.

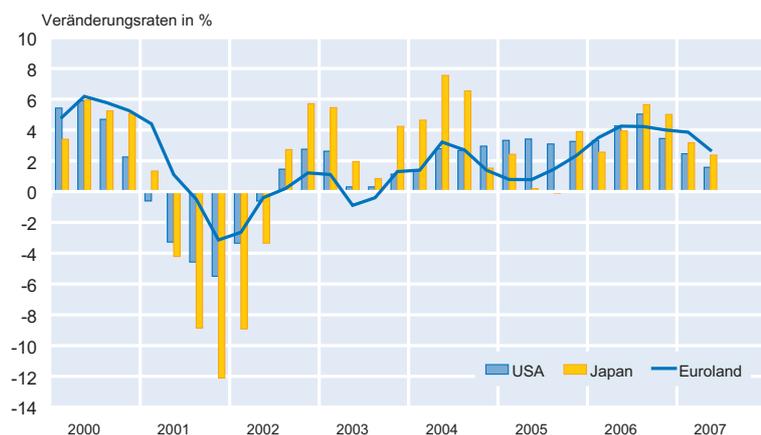
Die Industrie in der Triade hatte zu Beginn des Jahrzehnts nach dem Zusammenbruch der »New-Economy-Blase« eine Rezession durchlebt. Im folgenden Aufschwung wurde die Produktion in den USA und in Japan besonders stark ausgeweitet, was zu einem wesentlichen Teil durch eine im Trend expansivere Inlandsnachfrage als in der Europäischen Gemeinschaft zu erklären ist. In Europa erfolgte der Anstieg der Industrieproduktion zeitverzögert. Zwar profitierten die europäischen Unternehmen auch von der guten Weltkonjunktur, jedoch blieb die Binnennachfrage bis Mitte des Jahrzehnts schwach. Erst 2005 zog sie allmählich an und gewann an Dynamik. 2006 verringerten sich die Unterschiede im Wachstumstempo in der Triade. Die Industrieproduktion der USA, Japans und der EU-15 nahm um 4,0%, 4,3% und 3,9% zu (vgl. Abb. 1).

Der Export mildert die Auswirkungen der Immobilienkrise für die US-Industrie

Die Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität hatte sich in den Vereinigten Staaten schon vor Beginn der Immobilienkrise angedeutet.³ Unter anderem hatte das Wachstum der In-

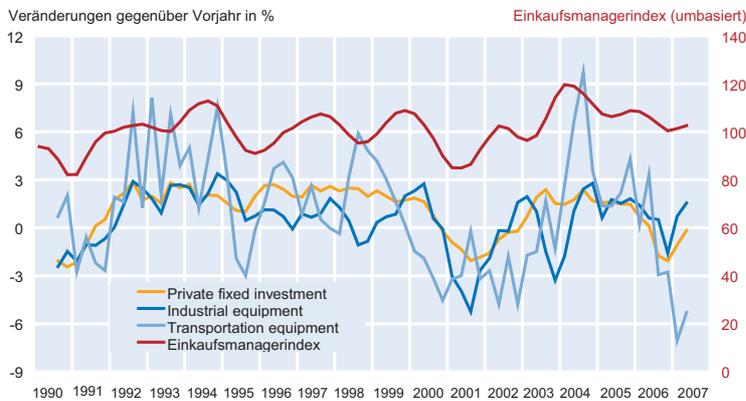
³ Vgl. D. Holland, E. Khoman und A. Orazgani; »Unemployment and Employment in North America«, *NIER* No. 202, October 2007, 17.

Abb. 1
Industrieproduktion in der Triade



Quelle: OECD; Goldman Sachs; ifo Institut.

Abb. 2
Konjunkturindikatoren für die US-Industrie



Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts.

Industrieproduktion seit dem zweiten Halbjahr 2006 an Dynamik verloren, und die Investitionstätigkeit des Unternehmenssektors sank (vgl. Abb. 2). Der Einbruch beim Wohnungsbau hat die Produktion von Baumaschinen schon im ersten Halbjahr 2007 um mehr als ein Viertel einbrechen lassen, ebenso war auch die Herstellung von Möbeln und Ähnlichem schon seit geraumer Zeit rückläufig. Die Produktion von Lastkraftwagen (Heavy duty trucks) ist in diesem Zeitraum um fast ein Drittel geschrumpft. Insgesamt hat die Industrieproduktion in den ersten sechs Monaten des Jahres dennoch um gut 2% zugenommen, was auf Bereiche wie die Herstellung ziviler Flugzeuge und Navigationsgeräte sowie Landmaschinen und die Veredelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurückzuführen ist. Die Ordertätigkeit hat im Mittel der ersten acht Monate schon stagniert, zuletzt war der Auftragseingang sogar rückläufig. Für das Gesamtjahr 2007 kann die Industrieproduktion der USA aufgrund hoher Auftragsbestände dennoch ein Plus von preisbereinigt 2% erreichen.

Im kommenden Jahr dämpft die Immobilienkrise die Binnennachfrage, sowohl Investitionen und der private Verbrauch entwickeln sich schwach. Die Bestellungen aus dem Ausland – getragen von der vor allem gegenüber der Konkurrenz aus dem Euroraum verbesserten Wechselkursrelation – können die kontraktiven inländischen Effekte mehr als kompensieren. Schon im laufenden Jahr haben die Ausfuhren bis August 2007 mit zweistelliger Rate gegenüber dem Vorjahr zugenommen (nominal: 12,9%). Es profitierten nahezu alle Sektoren der Industrie, Vorprodukte, Investitionsgüter, Kraftfahrzeuge, Konsumartikel und besonders kräftig legen die Nahrungsmittelexporte zu. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft Lateinamerikas weiterhin wächst. Für Brasilien kann sogar mit einer zunehmenden Dynamik gerechnet werden. Unter diesen günstigen Bedingungen für die Auslandsnachfrage kann die Industrieproduktion der USA 2008 mit 2,7% expandieren (vgl. Tab. 1).

Eine schwache Binnennachfrage dämpft die Industrieproduktion Japans

Die japanische Industrie profitiert insbesondere von der Nähe zu den asiatischen Wachstumsmärkten gegenüber den Konkurrenten aus den USA und vor allem aus Europa. Sie war deshalb auch in der Lage, die Phase von Stagnation und deflationären Tendenzen in den neunziger Jahren unbeschadet zu überstehen. Im laufenden Jahrzehnt weist die Industrieproduktion einen volatilen Verlauf bei im Durchschnitt dennoch hohen Wachstumsraten auf. Die Entwicklung korrespondiert mit dem unsteten Verlauf des Bruttoinlandsprodukts. Die Stagnation der Industrieproduktion im Verlauf von 2005 wurde allerdings nicht nur durch die Binnennachfrage, sondern auch durch zeitweise schwache Exporte induziert.

Seit 2006 expandieren die Ausfuhren mit zweistelliger Rate, ohne Anzeichen einer Ermüdung bis ins dritte Quartal 2007. Allerdings hat sich die Binnennachfrage abgekühlt. Insbesondere das seit 2005 gute Investitionsklima trübt sich seit Mitte 2006 deutlich ein. Diese Entwicklung hat sich 2007 in den Auftragseingängen für die Investitionsgüterindustrie niedergeschlagen. Die Inlandsorders für Maschinen sind bis Juli um 5,7% gefallen, während die Auslandsbestellungen weiter kräftig mit 6,7% expandierten. Trotz dieser Schwäche kann die Industrieproduktion – da sie mit einem Überhang in dieses Jahr startete – 2007 um 2,7% zulegen.

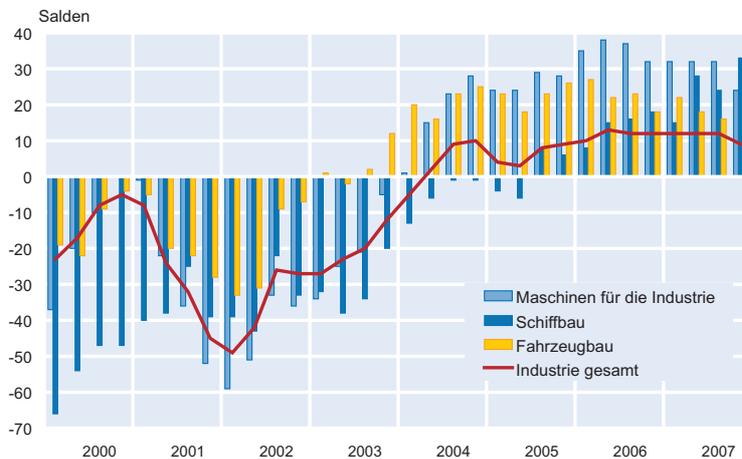
Die in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren der Industrie zeigen bis zuletzt eine vom Inland ausgehende abschwächende Dynamik an. Branchen, die stark exportorientiert sind, leiden hierunter weniger. Sie profitieren sowohl von der Expansion der Schwellenländer als auch vom schwachen Yen-Kurs. Kennzeichnend ist in diesem Kontext die positive Einschätzung der Zukunftsaussichten des Schiffbaus, der sich in der Konkurrenz zu den Anbietern aus China und Südkorea unter den gegebenen Randbedingungen gut behaupten kann (vgl. Abb. 3). In Anbetracht der Stärke japanischer Unternehmen auf den Weltmärkten kann, trotz

Tab. 1
Die Industrieproduktion in der Triade
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Land/Region	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	3,2	6,0	6,0	4,0	0,0
EU-15	1,1	3,9	4,0	3,0	1,0
USA	3,3	4,0	2,0	2,7	–
Japan	1,6	4,3	2,7	3,2	–

Quelle: Cambridge Econometrics; ifo Institut.

Abb. 3
Konjunkturindikatoren für die japanische Industrie



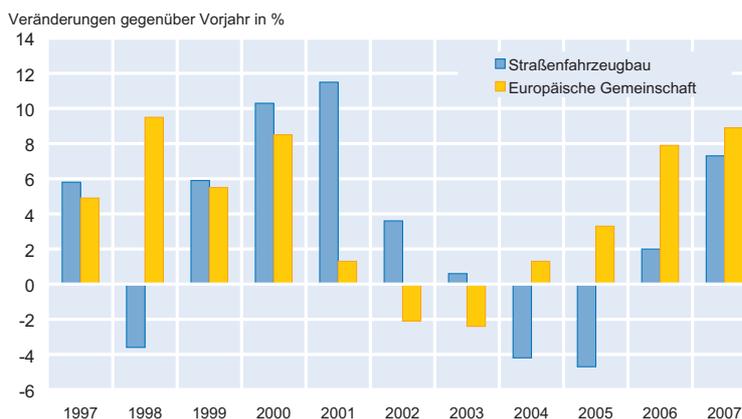
Quelle: Tankan; ifo Institut.

einer schwachen Binnennachfrage die Industrieproduktion 2008 beschleunigt, mit 3,2%, zulegen.

Die Binnennachfrage in der EU-15 hat bis zuletzt an Dynamik gewonnen

Die europäische Industrie hatte über viele Jahre der laufenden Dekade trotz einer starken Nachfrage von außerhalb des Binnenmarktes einen ausgeprägten Investitionsattentismus gepflegt. Erst mit dem Anspringen der Binnenkonjunktur sind die Unternehmen auch wieder bereit, stärker zu investieren (vgl. Abb. 4). Diese Tendenz hat bis zuletzt angehalten und steht im Kontrast zu der Situation in den USA und in Japan. Selbst die in den letzten Jahren eingetretene, sich gegenwärtig beschleunigende Verschlechterung der Preiswettbewerbsfähigkeit hat bisher noch keine gravie-

Abb. 4
Investitionstätigkeit in der europäischen Industrie



Quelle: Umfrage der DG ECFIN; Berechnung des ifo Instituts.

renden Wirkungen auf die Investitionsbereitschaft gezeitigt.

Die Auftragstätigkeit weist bis in das dritte Quartal keine Ermüdungserscheinungen auf. Die Bestellungen aus der Europäischen Gemeinschaft für die Industrie haben im Juli und August 2007 mit einem Plus von gut 8% beschleunigt zugenommen, gegenüber etwa 7% im Durchschnitt der ersten acht Monate. Die Aufträge aus Nicht-EU-Ländern hatten in diesem Zeitraum um etwa ein Fünftel zugelegt, allerdings zuletzt etwas an Dynamik verloren. Dennoch liegen die Orders in den beiden letzten Berichtsmonaten, Juli und August, um mehr als ein Zehntel über dem Wert des Vorjahres. Die laufende Geschäftstätigkeit und die im historischen Vergleich hohen Auftragsbestände sichern eine Expansion der Produktion im bisherigen Tempo, jedoch wird ein stärkeres Wachstum angesichts der hohen Kapazitätsauslastung von über 83%⁴ im laufenden Quartal und Engpässen bei der Personalbeschaffung kaum zu erreichen sein. Die Industrieproduktion kann 2007 in der EU-15 um gut 4% zulegen.

Eine Reihe von Belastungen trübt die Aussichten für das Jahr 2008. Dies ist neben der Krise auf den Finanzmärkten, deren Auswirkungen gegenwärtig noch nicht abzuschätzen sind, die Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität in den USA sowie in Japan und die Spannungen auf den Devisenmärkten. Die Preiswettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie hat sich wegen des starken Euro seit 2000 grundlegend verschlechtert, gegenüber dem US-Dollar um 32,6%, gegenüber dem japanischen Yen sogar um 37,4% (vgl. Tab. 2). Gegenüber der japanischen Konkurrenz hat die Preiswettbewerbsfähigkeit sogar noch stärker abgenommen, als es die Wechselkurse signalisieren. Die Ursache liegt in der traditionell sehr niedrigen Inflationsrate, die fast immer geringer als in der Eurozone ist. Die Unterschiede in den Produzentenpreisindizes signalisieren für Japan einen zusätzlichen Vorteil. Demnach hat die preisliche Konkurrenzfähigkeit der europäischen Hersteller im Betrachtungszeitraum um insgesamt 44% abgenommen.⁵

⁴ Auffällig ist die ungleiche Auslastung: Für Deutschland und Frankreich werden deutlich über dem langfristigen Mittel liegende Werte ausgewiesen, für Italien und Spanien liegen sie nahe dem Mittelwert.

⁵ Die Veränderung der Preiswettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA ist für 2007 mit einem Jahresmittelkurs von 1,37 US-Dollar gleich 1,00 € gerechnet worden. Hier hat sich in den letzten Wochen eine dramatische Verschlechterung aufgrund des raschen Wertverlusts des US-Dollar ergeben.

Tab. 2
Veränderung der Preisposition der europäischen Industrie gegenüber wichtigen Konkurrenten

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Währung	Wert der Fremdwährung gegenüber EUR (2000 = 100)							
US-Dollar	100,0	103,1	97,7	81,6	74,3	74,2	73,6	67,4
Yen	100,0	91,5	84,3	75,9	74,0	72,7	68,1	62,6
Region	Produzentenpreise der Industrie (2000 = 100)							
Euroland	100,0	102,1	102,0	103,4	105,8	110,2	115,8	118,6
USA	100,0	100,8	100,1	102,7	107,0	113,0	117,5	121,0
Japan	100,0	98,9	97,4	96,4	97,5	100,1	103,8	106,2
Konkurrent	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-) der Preisposition (Basis: 2000)							
USA		1,9	-4,1	-18,9	-24,9	-23,9	-25,4	-31,3
Japan		-11,3	-19,5	-29,2	-31,8	-34,0	-39,0	-44,0

Quelle: Europäische Zentralbank; Bureau of Labor Statistics; Bank of Japan; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Geschäftsklimaindikatoren für die Industrie zeigen am aktuellen Rand eine leichte Eintrübung (vgl. Abb. 5). So wohl für die gesamten Industrie als auch die Metallverarbeitung, die aufgrund des hohen Anteils an Investitionsgütern eine stärker ausgeprägte konjunkturelle Zyklik besitzt, weist der Vertrauensindikator auf eine Dämpfung hin. Das Muster ist typisch für eine Situation, in der die Konjunktur den Höhepunkt der Dynamik überschritten hat. Während die Industrie insgesamt etwas eher und auf niedrigerem Niveau eine Verlangsamung des Wachstums meldet, reagieren die Unternehmen der Metallverarbeitung etwas verzögert und bei höheren Werten. Dieses Bild am aktuellen Rand ist vergleichbar mit den Jahren 1989, 1995, 1998 und 2000.

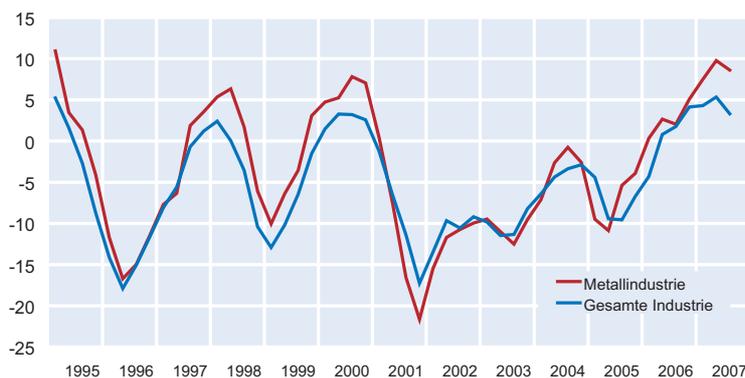
Eine temporäre Dämpfung der weltwirtschaftlichen Dynamik deutet sich für das Jahr 2008 an. Aufgrund der robusten Inlandsnachfrage ist Europa bis zu einem gewissen Grade gegenüber dem schwächeren Wachstumstempo in anderen Regionen immunisiert. Die Industrie mit ihrer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung kann sich jedoch nicht gänzlich abkoppeln. In dem veränderten Umfeld eines nachlassenden Weltwirtschaftswachstums wirkt die Stärke des

Euro zunehmend als Hemmnis. Auf enger werdenden Märkten nimmt der Preisdruck zu, und der starke Euro wird zu einem gewichtigeren Handicap. Die Industrieproduktion im EU-15-Raum wird 2008 trotz robuster Binnennachfrage voraussichtlich nur noch um etwa 3% zulegen.

Die deutsche Industrie profitiert gegenwärtig von ihrer starken Ausrichtung auf die Herstellung von Kapitalgütern und der weltweiten Präsenz ihrer Unternehmen

In Deutschland befindet sich das verarbeitende Gewerbe seit 2004 in einem dynamischen Aufschwung. So ist das industrielle Produktionsvolumen – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – 2006 um 6% gewachsen, nachdem es bereits 2004 um 4,5% und 2005 um 3,2% zugelegt hatte. Dieser Wachstumsprozess setzte sich 2007 mit zunächst unverminderter Intensität fort, und in der ersten Hälfte dieses Jahres lag die reale Produktion des verarbeitenden Gewerbes um 7% über dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode.

Abb. 5
Vertrauensindikator der gesamten europäischen Industrie^{a)}



^{a)} Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien

Quelle: DGEcFin; Berechnungen des ifo Instituts.

Das gegenwärtige Wachstum der industriellen Produktion steht auf einer soliden Basis, denn die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hat in den letzten drei Jahren stärker zugenommen als deren Fertigungsvolumen. Nach einem Plus von 6,8% in 2004 und 4,9% in 2005 war der reale Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes im Jahresdurchschnitt 2006 um 9% größer als im Jahr zuvor, und bis zur Jahresmitte 2007 lag er um 10,2% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Durch diese überaus lebhaftere Orderfähigkeit nahm der Auftragsbestand trotz der Steigerung der Produktion weiter zu, und die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie stieg – saisonbereinigt – von Juni 2005 bis Juni 2007 von knapp 82,7 auf 86,8%.

Ursache der markant aufwärtsgerichteten Entwicklung im Verlauf der Jahre von 2004 bis 2007 war vor allem das kräftige Anziehen der Auslandsnachfrage: Im Jahresdurchschnitt 2004 lag der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland um knapp 9%, im Mittel des Jahres 2005 um 8,4% über dem Stand des Vorjahres. 2006 machte der Anstieg sogar 11% aus, und im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2007 war das Niveau der neuen Auslandsorder um gut 12% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Hinzu kam allerdings, dass im Verlauf des Jahres 2005 auch die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes merklich anzog. Nach nur 1,6% im Jahresdurchschnitt 2005 belief sich 2006 das reale Plus beim inländischen Auftragseingang auf 7%, und im ersten Halbjahr 2007 führte die Fortsetzung des Anstiegs zu einem Bestellvolumen, das um 8,2% über dem Stand des gleichen Vorjahreszeitraums lag. Der nunmehr schon seit drei Jahren zu beobachtende konjunkturelle Aufschwung des verarbeitenden Gewerbes ist also nicht nur exportgetrieben, sondern wird zunehmend von einer wachsenden Inlandsnachfrage gestützt, wenngleich deren Dynamik nicht so ausgeprägt ist wie die des Auslandsgeschäfts. Aber immerhin liegt das Niveau des inländischen Auftragseingangs inzwischen real bereits wieder um mehr als ein Zehntel über dem Stand des letzten Boomjahres 2000.

Seit etwa einem Jahr wirkt sich diese konjunkturelle Belebung auch positiv auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Während die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe 2005 noch um 1,4% schrumpfte und auch 2006 weiter leicht zurückging (-0,5%), kam es im ersten Halbjahr 2007 zu einem Anstieg um 1,3%. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen sogar um 1,5% zu. Der konjunkturelle Aufschwung steht damit inzwischen auf einem soliden Fundament.

Der vom ifo Institut ermittelte Geschäftsklimaindex hat sich dementsprechend für das verarbeitende Gewerbe seit Mitte 2005 sehr positiv entwickelt, bewegt sich seit dem Frühjahr 2006 bereits über dem Niveau der letzten Boomphase im Jahr 2000. Dies gilt vor allem für die bis zuletzt extrem gute Bewertung der aktuellen Geschäftslage. In den Geschäftserwartungen für die bevorstehenden sechs Monate ist die Euphorie zwar nicht ganz so deutlich ausgeprägt, doch liegt auch dieser Indikator signifikant im positiven Bereich. Dieser Aufwärtstrend im Geschäftsklima verlief ungebremst bis zum Frühjahr 2007. In den Sommermonaten dieses Jahres kam es allerdings zu einer leichten Korrektur, die mit einer fast zeitgleichen Abschwächung des Auftragsingangs korrespondierte. Auf die Jahreswachstumsrate der industriellen Produktion im Jahr 2007 werden diese ersten Bremssignale wegen des noch sehr hohen Auftragsbestands keine nennenswerten Auswirkungen haben. Die Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen

weist auf einen Zuwachs der industriellen Produktion 2007 von real 6%⁶ hin.

Für die Abschätzung der Entwicklung im kommenden Jahr wird gemäß der Annahmen im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute davon ausgegangen, dass die belastenden Wirkungen der Finanzmarkturbulenzen und vor allem die davon ausgehenden Stimmungen in Grenzen gehalten werden können. Weiterhin wird für 2008 mit einem mittleren Rohölpreis von 80 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent sowie mit einem durchschnittlichen Wechselkurs von 1,40 US-Dollar je Euro gerechnet. Für das Welthandelsvolumen wird ein reales Wachstum von 5,8% erwartet, nach 8,3% im Jahr 2006 und 5,3% in 2007. Der Konsum der privaten Haushalte in Deutschland wird 2008 mit einem realen Plus von voraussichtlich 1,9% erstmals seit dem Jahr 2001 wieder spürbar zulegen. Dagegen wird sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen mit einer Rate von 5% (nach schätzungsweise 10% in 2007) merklich abschwächen, nicht zuletzt auch wegen der Vorzieheffekte in das Jahr 2007 infolge der Verschlechterung der Abschreibungsmodalitäten Anfang 2008. Wachstumsmotor wird mit einem realen Zuwachs von 6,5% aber auch 2008 das Exportgeschäft bleiben, wenngleich die Zunahme wegen des hohen Eurokurses und des etwas flacheren Wachstums in Europa sowie der nur moderaten Entwicklung in den USA auch hier die Rate geringer ausfallen wird als das in diesem Jahr der Fall ist (2007: 7,8%). Insgesamt dürfte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2008 um 2,2% ausweiten.

Da von einem stärker wachsenden Auslandsgeschäft vor allem die Industrie profitiert, kann davon ausgegangen werden, dass das verarbeitende Gewerbe auch 2008 gegenüber der Gesamtwirtschaft wieder überproportional zulegen wird. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallzeugnisse) werden von der weltweit lebhaften Investitionstätigkeit profitieren. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2008 voraussichtlich um 4% wachsen (nach 6% in 2007).

Überdurchschnittlich zugenommen hat im letzten Jahr mit einem Plus von 6,5% das Produktionsvolumen des **Investitionsgüterbereichs**. Hier bildete das gleichzeitige Anziehen der Auslandsnachfrage (+ 10,3%) und der Inlandsbestellungen (+ 6,9%) den Hintergrund für die Fortsetzung der kräftigen konjunkturellen Erholung seit dem zweiten Halbjahr 2003. Die deutsche Industrie profitiert dabei von ihrer Spezialisierung auf die traditionellen Investitionsgüterbereiche, die im laufenden weltwirtschaftlichen Boom

⁶ Die Schätzung des ifo Instituts ist konservativ, DB-Research erwartet einen stärkeren Anstieg von 7%, wie Herr Hans-Joachim Frank in seinem Beitrag ausführte.

besonders stark nachgefragt werden, was insbesondere auf die Industrialisierung der großen Schwellenländer zurückzuführen ist.

Im laufenden Jahr setzte sich das kräftige Wachstum der Investitionsgüterindustrie fort, wobei im ersten Halbjahr 2007 die Auslandsorder um gut 14% und die inländischen Auftragseingänge um fast 11% real ausgeweitet wurden. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich das Produktionsplus 2007 auf etwa 8,5% belaufen. Neben dem Maschinenbau und den Segmenten der Elektroindustrie tragen in diesem Jahr auch die Gruppe der Metallerzeugnisse und die Automobilindustrie zur expansiven Entwicklung des Investitionsgüterbereichs bei. Für 2008 muss mit einer schwächer werdenden Ordertätigkeit gerechnet werden. Allerdings wird wegen des hohen Auftragsbestands und der langen Durchlaufzeiten bei der Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen im Jahresdurchschnitt 2008 die Investitionsgüterproduktion noch ein Plus von 5% erreichen können.

Demgegenüber bleibt die **Konsumgüterproduktion** die Schwachstelle des deutschen Industrieportfolios, obwohl sich dieses Segment in letzter Zeit etwas von seinem Schrumpfungsprozess in den Jahren von 2001 bis 2003 erholt hat. Auch hier nahmen die Auslandsaufträge ab Herbst 2003 kräftig zu, 2006 stiegen sie um 6,6%, im ersten Halbjahr 2007 sogar um gut 10%. Der Auftragseingang aus dem Inland stagnierte jedoch zunächst weiter auf sehr niedrigem Niveau. Im Laufe des Jahres 2005 kam es aber auch hier zu einer Belebung, und 2006 weitete sich die Inlandsnachfrage nach Konsumgütern um real 3,5% aus, im ersten Halbjahr 2007 stieg sie verstärkt um 4,3%. Das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlands am Gesamtgeschäft ist vor allem verantwortlich für eine insgesamt moderate Expansion des Produktionsvolumens von voraussichtlich nur 2% im Durchschnitt von 2007, nach 2,8% im vergangenen Jahr. Trotz der erwarteten Belebung der privaten Konsumausgaben wird der Zuwachs des realen Produktionsvolumens der Konsumgüterindustrie 2008 kaum stärker ausfallen als im Vorjahr.

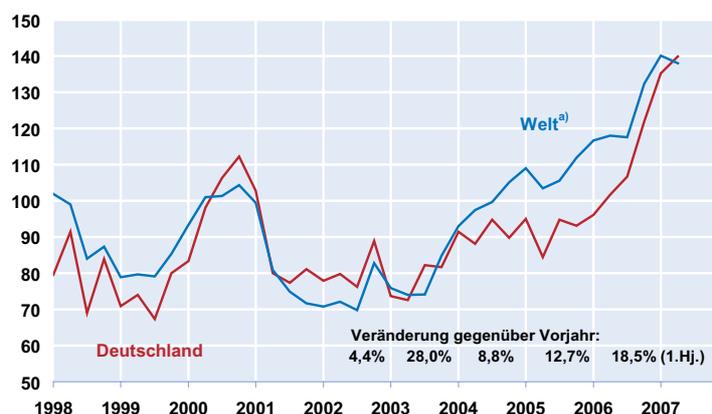
Sogar dynamischer als die Investitionsgüterindustrie expandierte 2006 der **Bereich der Vorleistungsgüterproduktion**, was vor allem auf lagerzyklische Bewegungen und einen hohen Bedarf an Vorleistungsgütern in den stürmisch wachsenden Volkswirtschaften einiger großer Schwellenländer begründet sein dürfte. Bei einem realen Plus der Auslandsbestellungen von gut 13% und der Inlandsnachfrage von über 8% legte die

Produktion im Jahresdurchschnitt 2006 um 7,6% zu. Im ersten Halbjahr 2007 waren die Wachstumsraten der realen Nachfrage mit 9% (Ausland) und 7% (Inland) etwas niedriger und dürften zu einem Produktionswachstum von 6% im Gesamtjahr 2007 führen, was dem Durchschnitt der Industrie entspricht. Im kommenden Jahr wird der Bereich der Vorleistungsgüter etwas weniger stark wachsen und 2008 voraussichtlich mit einem realen Produktionsplus von rund 3,5% etwas unter dem gesamtindustriellen Durchschnittswert von 4% liegen.

Eine Prognose für das Jahr 2009 ist mit großen Unsicherheiten behaftet, da es keine Konjunkturindikatoren gibt, die so weit tragen. Dennoch wurde eine Aussage vom ifo Institut anlässlich des Branchen-Dialogs gewagt, um eine bessere Vorstellung über den erwarteten Verlauf des Konjunkturzyklus vermitteln zu können. Wesentlich für eine Abschätzung der Tendenz der Industrieproduktion im Jahr 2009 ist die Entwicklung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr.

2008 wird von einer sich abschwächenden Binnennachfrage in den USA und in Japan gekennzeichnet sein, die sich u.a. in einer nachlassenden Investitionsbereitschaft ausdrückt. In Europa entwickelt sich die Binnennachfrage trotz dämpfender externer Effekte wie der hohen Preise für Rohstoffe und den starken Euro weiterhin robust. Die großen Schwellenländer werden von den Folgen der Subprime-Krise in den USA nur in beschränktem Umfang beeinträchtigt. Eine nennenswerte Ausnahme wird Mexiko sein. Ihr dynamischer Industrialisierungsprozess ist wesentlich für ein weiterhin kräftiges Wachstum der Weltwirtschaft. Allerdings werden die Zuwächse aufgrund der konjunkturellen Schwäche in den USA und Japan geringer als bisher ausfallen.

Abb. 6
Auftragseingänge des Werkzeugmaschinenbaus
2000 = 100



a) Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien, Schweiz, Tschechische Republik, USA, Rep. Korea, Japan, Taiwan

Quelle: VDW-Datenbank; andere nationale Werkzeugmaschinenverbände; EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3

Wachstumsraten der Produktionsindizes des verarbeitenden Gewerbes

Daten: Index 2000 = 100 (kalendermonatlich); Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

WZ 93	Branche	D 95/00	D 00/03	2004	2005	2006	2007 ^{a)}	2008 ^{a)}	2009 ^{a)}
D	Verarbeitendes Gewerbe	3,1	-0,4	4,5	3,2	6,0	6,0	4,0	0,0
	Vorleistungsgüter	2,9	-0,5	5,1	2,6	7,6	6,0	3,5	1,0
	Investitionsgüter	4,6	0,2	5,1	4,5	6,5	8,5	5,0	-1,0
	Konsumgüter	0,9	-1,5	1,7	1,8	2,8	2,0	2,0	1,0
	Gebrauchsgüter	0,6	-2,9	1,8	-0,2	6,5			
	Verbrauchsgüter	1,1	-0,7	1,6	2,7	1,2			
15	Ernährungsgewerbe	1,6	0,1	2,3	4,3	1,7	2,5	2,0	1,5
16	Tabakverarbeitung	3,6	-4,5	-7,7	-10,7	-5,9	2,0	1,5	0,0
17	Textilgewerbe	-2,4	-3,0	-0,9	-4,2	-0,7	1,5	0,5	0,0
18	Bekleidungsindustrie	-8,2	-7,4	-4,0	-7,9	-14,2	-7,0	-3,0	-2,0
19	Ledergewerbe	-3,6	-2,9	-3,4	-9,4	-4,9	10,0	5,0	0,0
20	Holzgewerbe	0,4	-3,5	3,9	0,2	6,6	-1,0	1,0	0,0
21	Papiergewerbe	0,7	-0,5	3,2	2,7	3,3	7,5	3,5	0,0
22	Verlags- und Druckereigewerbe	3,6	-2,3	2,9	0,4	0,2	-1,0	1,0	0,0
23	Mineralölverarbeitung	1,3	-1,4	10,5	3,3	0,1	-0,8	1,0	0,0
24	Chemische Industrie	3,1	0,5	3,4	4,8	3,7	4,5	3,0	1,5
25	Gummi- und Kunststoffwaren	2,9	0,1	3,8	0,3	4,2	6,0	4,0	2,0
26	Glas, Keramik, Steine und Erden	-0,7	-3,7	1,4	-3,7	5,4	8,0	4,0	1,0
27	Metallerzeugung, -bearbeitung	1,9	0,5	4,9	0,5	6,5	6,0	3,5	1,0
28	Metallerzeugnisse	2,6	0,1	4,1	0,8	6,3	7,0	4,0	2,0
29	Maschinenbau	2,7	-0,3	4,9	4,4	7,7	12,0	5,0	-5,0
30	Informationstechnik, Büromaschinen	15,7	-5,6	11,2	33,6	19,9	25,0	10,0	0,0
31	Elektrotechnik	4,1	-0,1	6,0	2,7	7,2	10,0	4,0	-2,0
32	Kommunikationstechnik, Elektronik	11,1	-3,0	19,3	18,6	31,7	5,0	4,0	0,0
33	Mess-, Regel-, Medizintechnik	5,5	0,2	5,4	2,0	9,5	3,5	4,0	1,0
34	Automobilindustrie	8,0	1,6	5,6	3,7	2,4	6,5	5,5	2,0
35	Sonstiger Fahrzeugbau	0,0	4,3	-0,9	3,2	10,0	-2,0	5,0	3,0
36	Sonstige Gebrauchsgüter	-1,2	-4,9	0,3	-0,1	4,0	2,2	4,0	1,0
37	Recycling	14,9	2,8	20,7	10,0	17,3	15,0	6,0	2,0

^{a)} Prognose vom Oktober 2007.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Die starke Investitionstätigkeit im Gefolge der Globalisierung hatte in der jüngeren Vergangenheit den Herstellern von Kapitalgütern einen Boom mit extrem hoher Kapazitätsauslastung beschert. Ein positiver Nebeneffekt war, dass sie nicht mehr auf jede Angebotsaufforderung reagierten, was den Preiswettbewerb etwas milderte. Für die Unternehmen aus der Eurozone bot dieser Umstand in Anbetracht des starken Euro eine gewisse Entlastung. Es ist zu erwarten, dass das etwas schwächere weltwirtschaftliche Wachstum im kommenden Jahr zu einem stärkeren Konkurrenzdruck führen wird. Die Anbieter aus Japan und USA werden versuchen, Wachstumspotentiale zu Lasten der europäischen Wettbewerber unter Nutzung der für sie günstigen Wechselkurse auszuschöpfen.

Hinzu kommt, dass die weltweite Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre deutlich stärker ausgeweitet wurde, als das globale Bruttoinlandsprodukt anstieg. Als Indikator für die Dynamik auf den Märkten wird hier der weltweite Auftragseingang des Werkzeugmaschinenbaus zitiert (vgl. Abb. 6). Dies ist ein typisches Muster für einen Konjunkturaufschwung, das im Falle einer Wachstumsdämpfung oder gar eines Abschwungs sich umkehrt. Bisher geben die Kon-

junkturindikatoren zwar keinen Hinweis auf ein Überschreiten des Höhepunkts und ein Abgleiten der Weltkonjunktur in eine Rezession. Es gibt jedoch Anzeichen, dass in einigen Märkten die Erstellung neuer Kapazitäten soweit vorgekommen ist, dass sie für ein weiteres kräftiges Wachstum ausreichend sind. Auffällig ist die Stahlproduktion Chinas, die in der Vergangenheit nicht in der Lage war, die Nachfrage in Anbetracht des hohen Wachstums zu befriedigen. Stahl wurde in großem Umfang importiert. Inzwischen ist China zu einem Nettoexporteur geworden, der mit hohen Zuwachsraten Stahl international anbietet. Die Ausfuhr entspricht gegenwärtig etwa der Produktion der deutschen Stahlkocher.

Unter diesen Bedingungen kann ein Rückgang der Produktion von Investitionsgütern in Deutschland 2009 kaum vermieden werden. Eine solche Entwicklung ist allerdings angesichts des für 2008 prognostizierten Anstiegs der Produktion auf ein neuerliches Rekordniveau mehr eine technische Reaktion als ein wirklicher Rückschlag. Die gesamte Industrieproduktion in Deutschland wird – aufgrund des hohen Gewichts der Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen – unter den hier beschrie-

benen Annahmen 2009 über eine Stagnation kaum hinauskommen.

Diese Prognose wurde im Forum 1 »Industrie« kontrovers diskutiert. Insbesondere wurden die Annahmen für eine entsprechend starke Reaktion der Investitionsgüterindustrie hinterfragt. Die Entwicklung in den kommenden Monaten wird einen Hinweis darauf geben, wie stark die Wachstumsabkühlung werden kann. Auf Grundlage der Veränderung der Konjunkturindikatoren bis März 2008 wird die vorliegende Prognose aktualisiert und während der Frühjahrskonferenz zur Konjunktur in Europa präsentiert.⁷

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

*Manuel Birnbrich, Josef Lachner und
Uwe Christian Täger*

Im Branchenforum Handel wurden ausgewählte konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen im Groß- und Einzelhandel vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und der Weltwirtschaft dargestellt und auf wesentliche Einflussfaktoren hin analysiert.

Renaissance des Großhandels im Distributionssystem

In einem ersten Beitrag ging Uwe Chr. Täger vom ifo Institut auf einige strukturelle Entwicklungen im Großhandel ein, die mehr und mehr auf das deutsche und europäische Distributionssystem Einfluss nehmen und primär aus den grundlegenden Veränderungen im Welthandel mit Rohstoffen, Investitions- und Konsumgütern resultieren. Dabei wurden die engen Zusammenhänge zwischen den Außenhandelsströmen Deutschlands und der Umsatzentwicklung der Außen- und Großhandelsunternehmen aufgezeigt, die aufgrund ihrer Stellung im Distributionssystem zunehmend grenzüberschreitende Funktionen übernehmen. Insbesondere der Großhandel mit Konsumgütern, auf den rund 48% des Umsatzvolumens des gesamten deutschen Großhandels entfallen, hat in den letzten Jahren vermehrt Importfunktionen für die nachfolgenden Sektoren, z.B. den mittelständischen Einzelhandel, übernommen. Der überwiegende Teil preisgünstiger Non-Food-Artikel aus Niedriglohnländern wird von den auf bestimmte Produktgruppen spezialisierten Import- und Fachgroßhandelsunternehmen distribuiert, da viele der inländischen Abnehmer über unzureichende Ressourcen für derartige Beschaffungsaktivitäten auf den entsprechenden Weltmärkten verfügen.

Das hohe Wachstum des Welthandels mit preisgünstigen Gütern des privaten Konsums hat zu einer vermehrten Einschaltung von Unternehmen des Groß- und Außenhandels in die Distribution dieser Gütergruppen in nahezu allen europäischen Ländern geführt. Diese Renaissance ist nicht allein im Bereich preisgünstiger Konsumgüter zu beobachten, sondern auch im Bereich der Investitionsgüter und der industriellen Vorprodukte und Halbfertigwaren, die vermehrt durch die Einschaltung von adäquaten Systemen des Großhandels auf den entsprechenden Weltmärkten gehandelt werden. Dabei spielen die modernen Systeme der Information und Kommunikation sowie der kostengünstigen Logistik eine stimulierende Rolle.

⁷ CESifo International Spring Conference, Berlin, 13. und 14. März 2008. Informationen: Hans-Günther Vieweg, Tel.: 089-9224-1362 E-Mail: vieweg@ifode.de.

Konjunkturelle Entwicklung: Wirtschaftsboom treibt die Großhandelsumsätze

Die seit Mitte 2003 anhaltende Aufwärtsentwicklung der Großhandelsumsätze setzte sich bis Ende des Jahres 2006 fort. Im ersten Tertial 2007 tendierten die nominalen Umsätze nach unten, seither nahmen sie wieder zu (vgl. Abb. 7). Im Durchschnitt der Monate Januar bis September 2007 waren die Umsätze um 2,6% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dieses Plus ist teilweise auf gestiegene Verkaufspreise in einigen Rohstoffbereichen zurückzuführen. Real ergab sich für den gesamten Großhandel ein Zuwachs um 1,3%.

Besonders stark wurden die Vorjahresumsätze im **Produktionsverbindungshandel** übertroffen; hier wurde ein Plus in einer Größenordnung von rund 4% verzeichnet. Ein beträchtlicher Teil davon war allerdings – wie schon erwähnt – auf erhöhte Verkaufspreise zurückzuführen. Real erhöhten sich die Umsätze um rund 2%. Weniger dynamisch verlief die Umsatzentwicklung im **Konsumgütergroßhandel**; hier nahmen die Umsätze nominal um rund 2% und real um 1% zu (vgl. Abb. 8 und Abb. 9).

Im Konsumgütergroßhandel konnte vor allem der Großhandel mit **Gebrauchs- und Verbrauchsgütern** zulegen. Die Nominalumsätze waren in den ersten acht Monaten des Jahres 2007 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,1% höher; real ergab sich ein Anstieg um 4,4%. Die erhöhte Nachfrage resultierte vor allem aus den Importen niedrigpreisiger Non-Food-Artikel für den Einzelhandel und der verstärkten Einschaltung von inländischen Vertriebsgesellschaften durch ausländische Konsumgüterhersteller, die das Ziel haben, den Absatz der eigenen Produkte im deutschen Distributionssystem effizienter zu gestalten und kontrollieren zu können. Im Großhandel mit **Nahrungs- und Genussmitteln** wurden die Vorjahresumsätze nominal um 1,7% übertroffen, real jedoch um knapp 1% verfehlt.

Im Produktionsverbindungshandel waren die nominalen Umsätze in den Monaten Januar bis August 2007 vor allem im Großhandel mit **Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör** höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Sie stiegen um 10,3%; preisbereinigt waren die

Umsätze sogar um rund 16% höher. Für die Preissenkungen dürften in erster Linie importierte Produkte aus Niedriglohnländern ausschlaggebend sein. Auch der Großhan-

Abb. 7
Nominale Umsätze im Großhandel insgesamt^{a)}

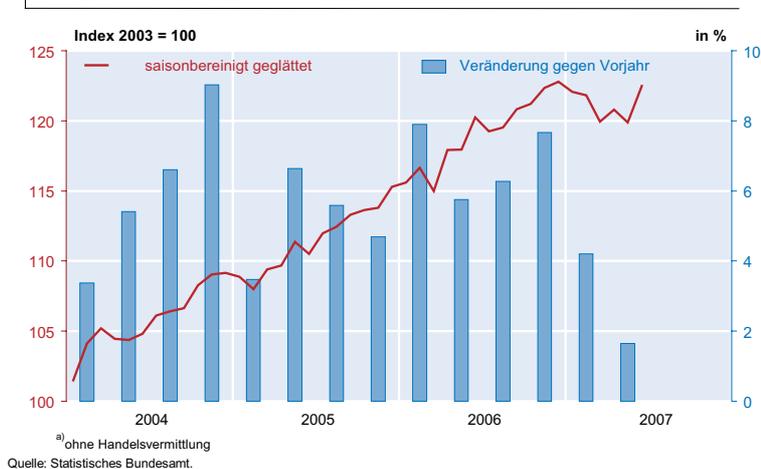


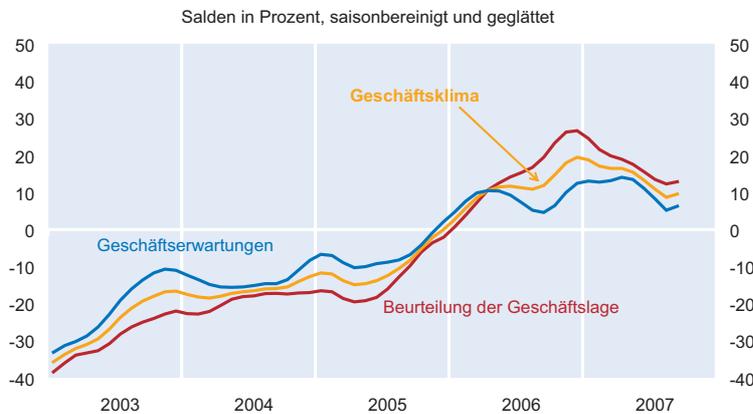
Abb. 8
Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



Abb. 9
Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



Abb. 10
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

del mit **landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren** konnte seine Umsätze steigern. Dieser Bereich kam auf ein nominales Umsatzplus von rund 4,0%. Dieses ist allerdings ausschließlich auf ein stark erhöhtes Preisniveau zurückzuführen, real ergab sich ein Minus von 11%. Der Großhandel mit **sonstigen Rohstoffen und Halbwaren**, zu denen beispielsweise der Eisen- und Stahlhandel gehört, verzeichnete einen Anstieg der nominalen Umsätze um 3,2%, was real einen Rückgang um 0,4% bedeutet.

Die im Rahmen des ifo Konjunkturtests befragten Großhandelsunternehmen bewerteten im Oktober 2007 ihre Geschäftslage zwar bei weitem nicht mehr so positiv wie Ende des Vorjahres, doch waren die Firmen mit guter Lage nach wie vor in der Überzahl (vgl. Abb. 10). Der weiteren Entwicklung sahen sie zuletzt leicht skeptisch entgegen und schätzten ihre Warenbestände vermehrt als zu hoch ein. Das dürfte wohl dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass die Unternehmen ihre Bestellpläne nach unten korrigiert haben. Für das gesamte Jahr 2007 ist von nominalen Umsätzen auszugehen, die etwa 3% höher sein werden als im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen auf der gesamten Großhandelsstufe ergibt dies ein reales Plus von 1%.

Aussichten 2008: Umsatzwachstum schwächt sich etwas ab, ...

Für das kommende Jahr 2008 ist einerseits mit einem weiteren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen, das sich gegenüber diesem Jahr aber etwas abschwächen wird. Andererseits wird der private Konsum an Intensität gewinnen. Unter Berücksichtigung eines etwas schwächeren Wachstums der industriellen Binnennachfrage wird der Produktionsverbindungshandel im Jahr 2008 nur mit nominal 3% expandieren (real:

0,5%). Vornehmlich infolge der anhaltend hohen Importe von Non-Food-Artikeln aus den kostengünstigen Produzentenländern aus Südostasien wird der Konsumgüterhandel ein Wachstum von nominal 1,5% aufweisen. Insgesamt dürfte der Umsatzanstieg im gesamten Großhandel 2008 mit nominal 2,5% (real: 0,5%) etwas geringer ausfallen als 2007.

... die strukturellen Rahmenbedingungen für den Großhandel bleiben aber günstig

Die Umsatzentwicklung im Produktionsverbindungshandel sowie im Konsumgütergroßhandel dürfte vom anhaltenden Aufwärtstrend der Importe und Exporte begünstigt werden. Sowohl der Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen als auch der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern sehen sich durch den Vertrieb ausländischer Produkte in der Lage, ihr Warenangebot zu erweitern und abzurunden. Oftmals gelingt es den Firmen auch, mit importierten Produkten preisgünstigere Angebote abzugeben.

Für den Großhandel insgesamt werden die Rahmenbedingungen trotz einzelner Risiken eher positiv sein. Es ist davon auszugehen, dass die Großhandelsunternehmen Akzeptanz durch ein vermehrtes Angebot von Servicefunktionen gewinnen werden. Die einzelnen Unternehmen sehen sich gezwungen, nicht nur in verschiedenen Aufgabenbereichen wie der Warendisposition, der Steuerung des Nachschubs, der Lagertechnik oder den Prognoseverfahren Verbesserungen herbeizuführen, sondern den Prozess der Warendistribution insgesamt zu betrachten und ihn möglichst effizient zu gestalten. Dabei ergeben sich weitere Chancen für die Großhändler, denn die Wertschöpfungskette gewinnt mit zunehmender Arbeitsteilung an Komplexität. Das gilt insbesondere in den Sparten, in denen die Fertigung einzelner Komponenten inzwischen an verschiedenen Standorten erfolgt und damit auch die Distributionsketten länger und internationaler geworden sind.

Einzelhandel bleibt hinter allgemeiner Wirtschaftsentwicklung zurück

Während die deutsche Wirtschaft insgesamt sich noch immer in einem starken Boom befindet, fallen die Wachstumsraten des privaten Konsums und der Einzelhandelsumsätze deutlich hinter das allgemeine Wirtschaftswachstum zurück. Der private Konsum stieg 2006 um preisbereinigt 1%. Dies ist nach der mehrere Jahre anhaltenden Stagnation zwar ein beachtliches, im Vergleich zum Wachstum des

BIP (2,9%), der Bruttoanlageinvestitionen oder der Im- und Exporte dennoch ein bescheidenes Ergebnis.

Die Einzelhandelsumsätze stiegen 2006 das dritte Jahr in Folge, mit nominal 1% und real 0,4% allerdings nicht nur langsamer als der private Konsum, sondern auch weniger stark als in den beiden Jahren zuvor, und das, obwohl 2006 positive Effekte wie die Fußballweltmeisterschaft und Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung die Umsätze stimuliert haben.

Mehrwertsteuererhöhung: 2006 Stimulation, 2007 Dämpfung der Umsatzentwicklung

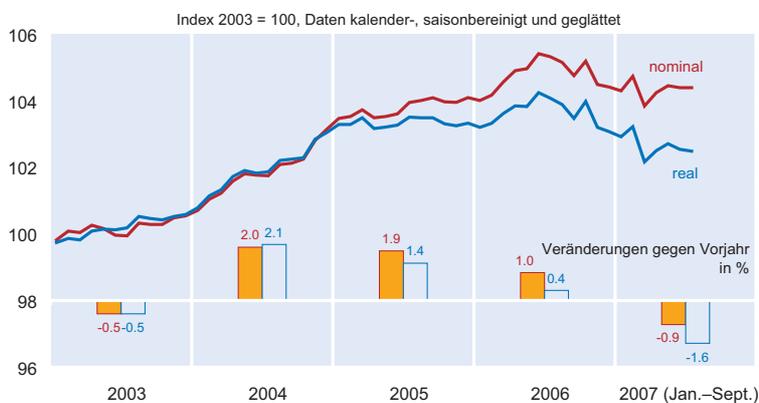
2007 schlug die Kaufzurückhaltung der Konsumenten wegen des angehobenen Mehrwertsteuersatzes wie erwartet negativ auf den Einzelhandel durch. Zwischen Januar und September lagen die Einzelhandelsumsätze um 0,9% (real: 1,6%) unter dem Vorjahresergebnis (vgl. Abb. 11).

Die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die Geschäftsentwicklung im Einzelhandel spiegeln sich auch in den Ergebnisse des ifo Konjunkturtests wider. Seit dem letzten konjunkturellen Tiefpunkt im Jahr 2004 beurteilten die befragten Einzelhandelsfirmen ihre Geschäftslage sukzessive positiver (vgl. Abb. 12). Gegen Jahresende 2006 war der Saldo aus positiven und negativen Stimmen erstmals überhaupt seit dem Wiedervereinigungsboom 1991 wieder positiv, da viele Konsumenten den Kauf langlebiger – und damit teurer – Gebrauchsgüter noch vor der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 verwirklichen wollten. In ihren Geschäftserwartungen wurden die Einzelhändler in der zweiten Jahreshälfte 2006 dagegen immer pessimistischer. Die Geschäftsabschwächung trat 2007 wie erwartet ein. Bis Mitte 2007 waren die Händler, wie die Geschäftserwartungen zeigen, noch der Meinung, die Nachfrageschwäche vom Jahresbeginn ausgleichen zu können, in der Jahresmitte änderten sich dann aber angesichts der tatsächlichen Entwicklung die Einschätzungen, und es überwogen wieder die Firmen, die mit einer Verschlechterung rechneten.

Umsatzgewinner und -verlierer 2007

Besonders kräftig waren die Umsatzrückgänge 2007 in den Einzelhandelsbranchen,

Abb. 11
Umsatzentwicklung im Einzelhandel insgesamt^{a)}



^{a)} Ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

die Ende 2006 noch von vorgezogenen Käufen profitiert haben, z.B. dem Kfz- oder dem Möbele Einzelhandel (vgl. auch Abb. 13). Auch der »Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel«, zu dem vor allem die Kauf- und Warenhäuser gehören, und der Versandhandel hatten deutliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen.

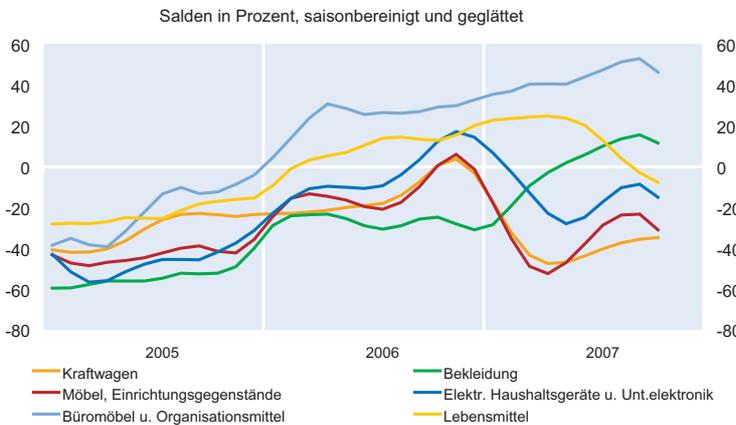
Andere Einzelhandelsbranchen dagegen konnten Umsatzgewinne verbuchen, z.B. der bürowirtschaftliche Einzelhandel, der von der nach wie vor positiven Investitionsneigung der Unternehmen profitieren konnte, sowie der Textil- und Bekleidungseinzelhandel, der im April 2007 einen der umsatzstärksten Monate seit der Wiedervereinigung verbuchen konnte. Ein noch höheres Wachstum erreichte der stark filialisierte Einzelhandelssektor Parfümeriewaren und Körperpflegemittel. Dies zeigt, dass die Konsumenten sich in diesem Jahr zwar mit dem Kauf langlebiger Konsumgüter zurückhielten, ihre Ausgaben aber offenbar umso mehr auf klassische Verbrauchsgüter konzentrierten.

Abb. 12
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 13
Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung auf die Beurteilung der Geschäftslage in ausgewählten Einzelhandelszweigen



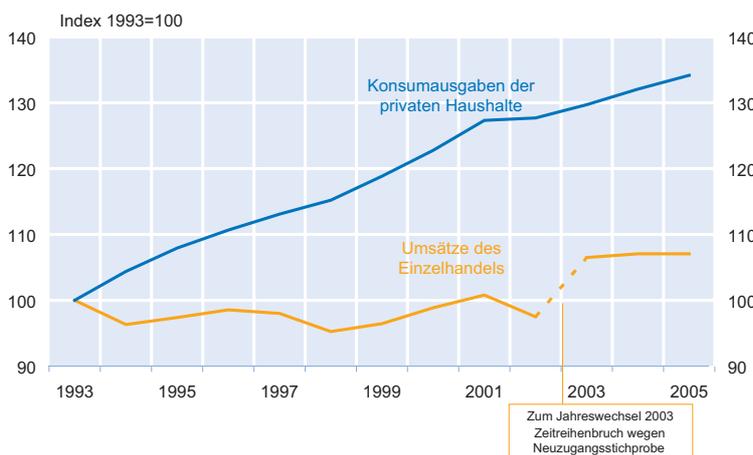
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Prognose: 2007 Minus, 2008 Plus

Das 2007 aufgelaufene Umsatzminus im Einzelhandel von knapp 1% wird sich in diesem Jahr nicht mehr aufholen lassen, da der Ende 2006 durch vorgezogene Käufe im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung bedingte Sondereffekt in diesem Jahr wegfällt. Trotz der zunehmenden Beschäftigung und stärker steigender Nettolöhne wird der private Konsum 2007 – nach dem Wachstum von 1% in 2006 – leicht zurückgehen. Auch die zuletzt wieder negativeren Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, vor allem die zunehmend pessimistischen Geschäftserwartungen in weiten Teilen des Einzelhandels, deuten darauf hin, dass die Unternehmen für dieses Jahr nicht mehr mit einer Wende rechnen.

Das ifo Institut erwartet daher für 2007 einen Rückgang der Einzelhandelsumsätze um nominal 1%, wegen der mehr-

Abb. 14
Entwicklung der Konsumausgaben und der Einzelhandelsumsätze



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

wertsteuerbedingt stärkeren Zunahme der Einzelhandelsverkaufspreise real sogar um gut 2%.

Für 2008 sind die Aussichten besser: Zwar wird sich das Wirtschaftswachstum gegenüber diesem Jahr etwas abschwächen. Der private Konsum erfährt aber positive Impulse vor allem durch ein verstärktes Wachstum der verfügbaren Einkommen und eine sich fortsetzende Belebung am Arbeitsmarkt. Angesichts der höheren Arbeitsplatzsicherheit wird die Sparquote leicht sinken. Von dieser günstigen Entwicklung wird auch der Einzelhandel profitieren. Die Umsätze dürften nominal um mehr als 1%, real um etwa 0,5% zunehmen.

Handel im Wandel: Strukturelle Veränderungen und Herausforderungen im Einzelhandel

Nach der Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Handel ging Heinz Pfeiffer, Leiter der Unternehmensentwicklung der **Metro AG**, in seinem Beitrag auf die allgemeinen Herausforderungen und Perspektiven für den Handel in Deutschland ein. Er bezeichnete die Zeit seit der Jahrtausendwende als »Jahrzehnt des Discounts«, in dem die Discount-Formate ihren Marktanteil im Lebensmitteleinzelhandel auf über 40% ausbauen konnten. Es deutet sich zwar ein Ende des Wachstumspfadens dieser Vertriebsform an, sie werde jedoch auch zukünftig stark bleiben, da die Preisorientierung der Konsumenten zuletzt etwas zurückgegangen, aber immer noch ein dominierender Faktor für das Kaufverhalten sei.

Weitere aus Sicht des Einzelhandels bedenkliche Tendenzen seien die in den letzten zehn Jahren gesunkene Nachfrage nach Konsumgütern in Deutschland bei gleichzeitig deutlich gestiegener Verkaufsfläche, was die Flächenproduktivität stark vermindert hat, sowie das Zurückbleiben der Einzelhandelsumsätze hinter der Entwicklung des privaten Konsums (vgl. Abb. 14). So habe sich der Umsatz pro Quadratmeter Verkaufsfläche zwischen 1995 und 2006 von 3 900 auf 3 100 € verringert. Nur noch 27% aller Konsumausgaben entfallen auf den Kauf von Konsumgütern im Einzelhandel. 1991 lag der entsprechende Anteil noch bei gut 40%.

Gesellschaftliche Trends wie die Alterung der Bevölkerung, die zunehmende Polarisierung der verschiedenen Einkommens-

gruppen oder das gestiegene Gesundheitsbewusstsein bergen aber nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für den Einzelhandel. Während bestimmte Einzelhandelsformate Marktanteile verlieren werden, profitieren wiederum andere vom gesellschaftlichen Wandel und veränderten Konsum- und Einkaufsgewohnheiten der Verbraucher. Wachstumssegmente seien zum Beispiel der Online-Handel oder Bio-Lebensmittel. Große Handelsfirmen wie die Metro passen ihre Geschäftsmodelle nicht nur im Inland an, sondern expandieren mit erfolgreichen Vertriebskonzepten auch immer stärker in Auslandsmärkten. Lag der Auslandsanteil des Umsatzes der Metro-Gruppe im Jahr 2000 noch bei rund einem Viertel, erreichte er 2006 bereits knapp 56% des Gruppenumsatzes.

Perspektiven für den gehobenen Lebensmittel-einzelhandel

Im abschließenden Vortrag stellte Florian Randlkofer, Mitglied der Geschäftsleitung der **Alois Dallmayr KG**, die »Innenansichten eines Delikatessenhauses« vor. Anhand der Firmengeschichte zeigte er, wie entscheidend es für ein Handelsunternehmen ist, zur richtigen Zeit auf vielversprechende Wachstumsfelder zu setzen, beispielsweise in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts auf das Kaffeegeschäft oder ab den sechziger Jahren auf den Kaffeeautomatenservice für Unternehmen. Welche Geschäftspotentiale sich für den gehobenen Lebensmitteleinzelhandel an einem stark vom Tourismus profitierenden Standort wie München bieten, wenn man die aktuell stark ausgeprägten Bedürfnisse bestimmter Konsumentengruppen nach »Erlebniseinkauf«, Service, Authentizität und qualifiziertem Personal zu befriedigen vermag, zeigen Untersuchungen des Hauses Dallmayr, die zu dem Ergebnis kommen, dass das Delikatessenhaus in der Münchner Innenstadt von mehr Personen besucht wird als Schloss Neuschwanstein. Die Unternehmensphilosophie wird auch an der Einstellung des Hauses zu den Besuchern des Ladengeschäfts deutlich, die nicht als »Kunden«, sondern als »Gäste« angesehen werden.

Insgesamt sei der Verkauf von qualitativ hochwertigen Nahrungs- und Genussmitteln wehr wenig von konjunkturellen Einflussfaktoren abhängig, sondern vor allem von den Öffentlichkeits- und Werbeaktivitäten sowie den Marken- und Präsentationstechniken des Hauses Dallmayr. Dabei spiele der Stamm der kontinuierlich geschulten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Produktion und im Verkauf eine entscheidende Rolle.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Erich Gluch

Im einleitenden Referat ließ Erich Gluch, ifo Institut, zunächst die Stimmung in der Bauwirtschaft im Frühjahr des Jahres nochmals Revue passieren. Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe war damals so gut wie letztmals vor 15 Jahren. Aber auch nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages meldeten im Februar 87% der befragten Bauindustrieunternehmen eine gute bzw. befriedigende Geschäftslage. Ähnlich zufrieden mit ihrer Geschäftslage äußerten sich auch die Teilnehmer an der Frühjahrsumfrage des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Bezüglich der Geschäftsaussichten waren lediglich rund 15% eher pessimistisch gestimmt. »So positiv war die Stimmung schon lange nicht mehr«, stellte der Verband fest.

Im weiteren Verlauf des Jahres verschlechterten sich jedoch die Lageurteile zusehends. Ab dem Sommer trübten sich auch die Erwartungen ein. Dies gilt vor allem für den Wohnungsbau – und nur mit Abstrichen für den öffentlichen Bau. Der gewerbliche Bau ist sogar noch – zumindest nach den Klimaindikatoren – nach wie vor »voll in Fahrt«.

Was ist bzw. war verantwortlich ...

Die Situation im Wohnungsbau hat sich im Verlauf des Jahres sichtlich verschlechtert. Der wesentliche Grund hierfür dürfte zuallererst die nahezu totale »Verabschiedung« des Staates aus der Förderung des Wohnungsbaus ab dem 1. Januar 2006 gewesen sein. Konkret erfolgten folgende Maßnahmen:

- Streichung der Eigenheimzulage,
- Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau – anstatt einer degressiven AfA ist nur noch eine lineare Abschreibung möglich – sowie
- Verlängerung der sog. Spekulationsfrist von zwei auf nunmehr zehn Jahre.

Da es jedoch möglich war, sich die alten, günstigeren Konditionen »auf Vorrat« zu sichern, wurden im vorigen Jahr zahlreiche Wohnungen und Eigenheime fertig gestellt, mit deren Bau noch vor diesem Termin begonnen wurde. Um die Eigenheimzulage zu »retten«, reichte es nämlich aus, einen Bauantrag zu stellen oder einen notariellen Kaufvertrag abzuschließen. Im Mietwohnungsbau dürften die Vorzieheffekte durch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen jedoch deutlich geringer gewesen sein.

Die ins Jahr 2006 vorgezogenen Baumaßnahmen »fehlen« in diesem Jahr, weshalb die Baunachfrage von dieser Seite her kräftig gedämpft wird. Auch 2008 dürfte noch keine Besserung eintreten, denn es gibt kaum neue Aufträge in der »Pipeline«.

... für die rasante Verschlechterung im Wohnungsbau?

Nach den Ergebnissen der ifo Architektenumfrage lagen die neu akquirierten Aufträge zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern im ersten Halbjahr 2007 knapp unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Im Geschosßwohnungsbau war im gleichen Zeitraum sogar ein Rückgang um 10% zu verzeichnen. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass das Niveau der Auftragsvolumina in diesem Teilsegment bereits seit fast zehn Jahren auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau »dahindümpelt«.

Vor allem die Genehmigungsdaten lassen für die nächsten Monate keine positiven Überraschungen bei der Wohnungsbaunachfrage erwarten. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden nämlich nur 46 532 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt. Das sind 42% weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Bei den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen lag die Zahl der Genehmigungen immerhin noch 16% unter dem Vorjahreswert (29 855 gegenüber 35 660 Wohneinheiten).

Die Wohnungsnachfrage könnte jedoch in den nächsten Jahren durch einige positive Faktoren stimuliert werden. So gehen die Konjunkturprognostiker beispielsweise davon aus, dass die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zumindest noch bis 2008 anhält. Dies wird auch zu einer leichten Erhöhung der durchschnittlichen Realeinkommen sowie einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führen. Ein nicht unerheblicher Teil der lange Zeit vorherrschenden Unsicherheiten in der Bevölkerung wird sich dadurch auflösen. In Wachstumsregionen und in höheren Einkommenskategorien wird demzufolge auch genügend Kaufkraft für zusätzliche Wohnungsnachfrage entstehen.

Darüber hinaus werden die Hypothekenzinsen – nach den Prognosen der Experten – lediglich moderat ansteigen. Auch die Baupreise dürften nur in Regionen mit stärker anziehender Wohnungsnachfrage kräftiger zulegen. Und schließlich wird, trotz rückläufiger Bevölkerungsentwicklung, die Anzahl der Haushalte noch weiter zunehmen. Der drastische Rückgang der wichtigsten Nachfragergruppe – der 25- bis 35-Jährigen – ist nämlich so gut wie abgeschlossen.

Die Wohnungsfertigstellungen erreichten bereits im Jahr 2005 mit der Errichtung von rund 242 000 Wohnungen ein tiefes Niveau (vgl. Tab. 4). Dieses wird aber 2007 und 2008 noch sichtlich unterschritten. Es dürften nur noch zu 225 000 bzw. 192 000 Wohnungen fertiggestellt werden.

Tab. 4
Wohnungsfertigstellungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Teilgebieten und Gebäudearten 1997 bis 2008
1 000 Wohnungen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ^{a)}	2008 ^{a)}
Westdeutschland												
In neu errichteten Wohngeb.	337,9	321,5	321,1	296,8	235,5	211,7	199,7	212,1	183,1	190,7	173	149
davon in:												
Ein- und Zweifamiliengeb.	155,5	166,6	184,5	182,2	149,7	140,4	136,1	147,1	126,1	125,2	107	87
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	182,5	154,9	136,7	114,6	85,8	71,3	63,6	64,9	57,0	65,5	66	62
sonstige Fertigstellungen ^{c)}	54,7	47,2	43,8	37,0	29,4	27,3	25,6	25,1	23,7	24,0	22	19
Wohnungen insgesamt	392,6	368,7	364,9	333,8	264,9	239,0	225,3	237,1	206,8	214,7	195	168
Ostdeutschland												
In neu errichteten Wohngeb.	163,2	110,7	85,4	71,8	50,4	42,0	36,4	35,7	30,7	29,1	26	21
davon in:												
Ein- und Zweifamiliengeb.	55,6	54,0	52,9	47,5	35,7	32,4	29,1	30,1	25,4	24,3	20	15
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	107,6	56,8	32,6	24,3	14,8	9,6	7,3	5,6	5,3	4,8	6	6
sonstige Fertigstellungen ^{c)}	22,4	21,3	22,3	17,5	10,8	8,6	6,5	5,2	4,9	4,6	4	3
Wohnungen insgesamt	185,6	132,0	107,7	89,3	61,3	50,6	42,9	40,9	35,5	33,7	30	24
Deutschland insgesamt												
In neu errichteten Wohngeb.	501,1	432,2	406,6	368,5	285,9	253,7	236,1	247,8	213,8	219,8	199	170
davon in:												
Ein- und Zweifamiliengeb.	211,1	220,6	237,3	229,7	185,4	172,9	165,2	177,2	151,5	149,5	127	102
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	290,1	211,6	169,2	138,8	100,6	80,8	70,9	70,6	62,3	70,3	72	68
sonstige Fertigstellungen ^{c)}	77,1	68,5	66,1	54,5	40,3	35,9	32,1	30,2	28,6	28,7	26	22
Wohnungen insgesamt	578,2	500,7	472,6	423,1	326,2	289,6	268,2	278,0	242,3	248,4	225	192

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in (neu errichteten) Nichtwohngebäuden; bis 2004 nach der bislang üblichen Abgrenzung »Neue Länder inkl. Ostberlin« bzw. »Früheres Bundesgebiet inkl. Westberlin«.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Gute Wohnungsversorgung dämpft Neubautätigkeit

Ein nicht zu unterschätzender, dämpfender Faktor für die Neubautätigkeit stellt die bereits gute Wohnungsversorgung dar. Diese Tatsache forciert aber andererseits eine anhaltend hohe Nachfrage im Bereich der Altbauerneuerung.

Nach Berechnungen des DIW gingen 2006 bereits 61% der Wohnungsbauinvestitionen in die **Altbauerneuerung**, also den Wohnungsbestand. Das heißt, nur noch 39% entfielen auf den Bau neuer Wohngebäude. Aufgrund der anhaltenden Verteuerung der Energie im Verlauf der letzten Jahre stehen vor allem Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs hoch im Kurs.

Die im Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW) organisierten rund 3 000 Wohnungsunternehmen und -genossenschaften weisen einen Wohnungsbestand von rund 6,2 Millionen Wohnungen auf. Sie erreichen damit einen Marktanteil an allen bewohnten Wohnungen von fast 50% in Ostdeutschland bzw. von knapp 25% in Westdeutschland. Die von diesem Verband regelmäßig erhobenen Daten zur Investitionstätigkeit ihrer Mitglieder geben somit zumindest einen groben Anhaltspunkt zur möglichen Entwicklung im Bestandsbereich, da amtliche Statistiken bislang nicht vorliegen.

Nach den Umfrageergebnissen des GdW stiegen die Bauinvestitionen ihrer Mitgliedsunternehmen im Jahr 2006 um

6,8%. Zu Beginn dieses Jahres planten sie für 2007 mit einer Aufstockung ihrer Investitionsbudgets um rund 10%. Dieser Wert dürfte allerdings nach dem bisherigen Verlauf zu urteilen, nicht ganz eingehalten werden. Dabei werden die Bestandsmaßnahmen – nach einer deutlich überdurchschnittlichen Entwicklung im vorigen Jahr (+ 8,4%) – allerdings weniger kräftig zulegen (+ 6,5%) als die Neubaumaßnahmen (+ 23,2%). Mit einem Volumen von fast 7 Mrd. € werden die Bestandsmaßnahmen dennoch fast dreimal so hoch ausfallen wie die Neutätigkeit. Über die Hälfte der Bauinvestitionen (rund 5 Mrd. €) sollen dabei in bereits bestehende Wohngebäude in Westdeutschland wandern.

Ab 2006 können sowohl Vermieter als auch Mieter, die ihre Wohnung verschönern oder renovieren, den Fiskus an ihren Handwerksrechnungen beteiligen. Nach dem Gesetz zur »Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen« dürfen nämlich 20% der insgesamt für die Modernisierung von Wohnungen entstandenen Kosten steuerlich geltend gemacht werden (Höchstgrenze 3 000 € pro Jahr; nur Dienstleistungen und keine Materialkosten).

Energiepass stimuliert Maßnahmen zur energetischen Sanierung

Im April 2007 erfolgte die Verabschiedung der neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) durch die Bundesregierung; am 1. Oktober ist sie in Kraft getreten. Danach müssen Hauseigentümer stufenweise ab 1. Juli 2008 ihren Käufern oder

Tab. 5
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 1997 bis 2008
Verkettete Volumenangaben in Mrd.€ (preisbereinigt)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ^{a)}	2008 ^{a)}
Wohnungsbau	141,50	141,99	144,50	140,92	132,37	124,64	123,45	119,78	115,22	120,13	117,7	117,5
Nichtwohnungsbau	104,82	102,16	103,31	100,93	98,36	92,64	90,29	85,91	84,09	87,68	91,7	95,1
davon:												
gewerblicher Bau	71,74	70,13	71,08	70,15	68,74	64,17	62,20	59,37	58,67	61,66	64,8	67,3
– gew. Hochbau	55,03	54,06	54,16	53,49	52,36	48,26	46,02	43,63	42,75	44,87	47,3	49,1
– gew. Tiefbau	16,70	16,07	16,92	16,66	16,38	15,91	16,19	15,75	15,93	16,81	17,6	18,2
öffentlicher Bau	33,06	32,02	32,22	30,78	29,62	28,47	28,09	26,54	25,43	26,02	26,9	27,8
– öff. Hochbau	12,65	12,19	11,44	10,69	10,32	9,97	9,58	8,89	8,64	8,85	9,1	9,3
– öff. Tiefbau	20,40	19,82	20,78	20,09	19,30	18,50	18,51	17,66	16,80	17,17	17,8	18,5
Insgesamt	246,30	244,15	247,80	241,85	230,72	217,28	213,72	205,69	199,31	207,82	209,5	212,6

– reale Veränderung gegenüber Vorjahr in % –

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ^{a)}	2008 ^{a)}
Wohnungsbau	0,4	0,3	1,8	-2,5	-6,1	-5,8	-1,0	-3,0	-3,8	4,3	-2,0	-0,2
Nichtwohnungsbau	-3,9	-2,5	1,1	-2,3	-2,6	-5,8	-2,5	-4,9	-2,1	4,3	4,6	3,7
davon:												
gewerblicher Bau	-4,0	-2,2	1,4	-1,3	-2,0	-6,7	-3,1	-4,5	-1,2	5,1	5,2	3,9
– gew. Hochbau	-4,5	-1,8	0,2	-1,2	-2,1	-7,8	-4,6	-5,2	-2,0	5,0	5,3	4,0
– gew. Tiefbau	-2,5	-3,8	5,3	-1,6	-1,7	-2,9	1,8	-2,7	1,1	5,5	4,6	3,5
öffentlicher Bau	-3,5	-3,1	0,6	-4,5	-3,8	-3,9	-1,4	-5,5	-4,2	2,3	3,4	3,3
– öff. Hochbau	-8,1	-3,6	-6,1	-6,6	-3,5	-3,4	-4,0	-7,2	-2,8	2,4	2,5	3,0
– öff. Tiefbau	-0,4	-2,8	4,8	-3,3	-3,9	-4,1	0,1	-4,6	-4,9	2,3	3,8	3,5
Insgesamt	-1,5	-0,9	1,5	-2,4	-4,6	-5,8	-1,6	-3,8	-3,1	4,3	0,8	1,5

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Mietern einen Energiepass vorlegen. Für neue Gebäude war ein Energieausweis bereits ab 2002 vorgeschrieben.

Der Energiepass bewertet die Energieverluste über die Gebäudehülle. Maßnahmen zur energetischen Verbesserung der bestehenden Wohngebäude werden daher zunehmen bzw. auf dem derzeit hohen Niveau verharren. Experten gehen davon aus, dass die neue Verordnung noch längst nicht das Ende der Energiesparwelle sein dürfte.

Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 dürfte hingegen manchen Hauseigentümer veranlasst haben, Renovierungsvorhaben noch ins Jahr 2006 vorzuziehen. Die derzeit vorliegenden Indikatoren signalisieren, dass es sowohl 2007 als auch 2008 kaum Wachstum bei den Bestandsmaßnahmen im Wohnungsbau geben dürfte.

Der **Wohnungsbau** wird daher in diesem Jahr, nach einem kräftigen Plus im Vorjahr (+ 4,3%), einen Rückgang der Investitionen von rund 2% aufweisen; im nächsten Jahr dürfte das Niveau knapp gehalten werden. Die derzeit vorliegenden Indikatoren signalisieren, dass es sowohl 2007 als auch 2008 kaum Wachstum bei den Bestandsmaßnahmen im Wohnungsbau geben dürfte. Der Rückgang der Investitionen in diesem Jahr kommt somit ausschließlich vom schwachen Wohnungsneubau.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer exzellenten Verfassung. Den **Unternehmen** ist es in den zurückliegenden Jahren gelungen, durch den Abbau von Überkapazitäten und Kosteneinsparungen, vor allem im Personalbereich, ihre Gewinnmargen wieder zu erhöhen. Insbesondere in den exportorientierten Unternehmen erreichen die Gewinne vielfach neue Rekordmarken. Von der spürbaren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung profitiert nunmehr auch die Bauwirtschaft.

Gewerbliche Planungsaufträge weiter auf hohem Niveau

Die Auftragseingänge der Architekten von gewerblichen Auftraggebern hatten bereits im Herbst 2002 ihren tiefsten Punkt erreicht. Kletterte das Volumen der neuen Aufträge in diesem Teilsegment zunächst bis zum Frühjahr 2006 eher behutsam, so erfolgte ab dem Sommer 2006 eine sichtliche Beschleunigung. Bei den Auftragseingängen im Bauhauptgewerbe waren sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau im Verlauf des zweiten Quartals 2005 wieder Wachstumsraten zu verzeichnen, die sich im bisherigen Verlauf des Jahres 2007 im zweistelligen Bereich halten konnten (Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat).

Überaus positiv wirkt sich weiterhin aus, dass die Kreditzinsen nach wie vor auf einem relativ niedrigen Niveau liegen. Aber auch von Seiten der Regierung gab und gibt es er-

freuliche Hilfestellung. Dies betrifft zunächst die bereits vom früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder initiierte »Agenda 2010«, mit der einschneidende Reformen in der Sozialgesetzgebung einhergingen. Derzeit ist die jetzige Regierung dabei, eine Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2008 auf den Weg zu bringen. Ziel ist es dabei, die steuerliche Belastung der Unternehmen spürbar zu verringern.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen wird sich somit weiter verbessern. Abstriche müssten jedoch gemacht werden, wenn der Dollarverfall der letzten Wochen anhalten dürfte – oder sich sogar noch verstärkt.

Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Industriegebäuden. Noch vor einigen Jahren wurden in großem Stil ganze Produktionsbereiche »outsourced«, da insbesondere in den osteuropäischen Ländern zu deutlich niedrigeren Kosten produziert werden konnte. Diese Phase dürfte zum größten Teil abgeschlossen sein: einige Firmen verlagern sogar schon wieder ihre Produktion zurück nach Deutschland. In einigen Branchen produzieren darüber hinaus die Unternehmen bereits an ihren Kapazitätsgrenzen. Lieferengpässe nehmen zu. Erweiterungsinvestitionen werden somit häufiger erforderlich als noch vor einigen Jahren.

Trotz immer noch respektablem Leerstandsrate hat sich der Bau von Bürogebäuden in 2006 bereits belebt. Dass sich die deutsche Dienstleistungslandschaft prächtig entwickelt, zeigen, neben den ifo-Umfragen im Dienstleistungssektor, auch die Konjunkturumfragen vieler Verbände. Die Neubauproduktion wird jedoch durch die kaum steigende Zahl von Büroarbeitsplätzen gebremst. Darüber hinaus überprüfen und optimieren die großen Dienstleister immer häufiger überaus kritisch ihre Flächenbedarfe. Die durchschnittliche Fläche, die einem Bürobeschäftigten in Deutschland zur Verfügung steht, ist nämlich weiterhin spürbar größer als in den übrigen Industrieländern.

Deutschland ist nach der Öffnung Osteuropas noch stärker als früher zu einer bedeutenden Verkehrsdrehscheibe mit zahlreichen Distributionszentren geworden. Dies hat zur Folge, dass zahlreiche Lagergebäude sowie Logistikzentren errichtet bzw. ausgebaut werden müssen. Hinzu kommt der Trend von Industrie und Handel, Vertriebs- und Lagerfunktionen sowie einzelne Produktionsbereiche auszulagern. Daneben haben die rasch wandelnden Ansprüche die Nutzungsdauer der Lagergebäude spürbar verkürzt. Auch dieser Trend wirkt nachfragestimulierend.

Wirtschaftsbau vor einem dritten guten Jahr

Der Wirtschaftsbau entwickelte sich bereits 2006 sehr positiv; d.h. die Bauinvestitionen erhöhten sich um 5,1%. Auch

in diesem Jahr dürfte es zu einem Anstieg in dieser Größenordnung kommen. Mit einem weiteren Plus von rund 4% wird sich die gewerbliche Baunachfrage in 2008 nur ganz sanft abschwächen.

Auch die öffentlichen Bauinvestitionen wiesen 2006 einen Zuwachs auf – nach sechs Jahren rückläufiger Entwicklung und einer Verringerung des Investitionsvolumens um insgesamt 21%. Er fiel mit + 2,3% jedoch bescheidener aus als in den beiden anderen Bausparten. In diesem und im nächsten Jahr dürfte sich die Baunachfrage sogar weiter beleben, so dass sich die öffentlichen Bauinvestitionen um jeweils knapp 3 1/2% erhöhen werden. In beiden Jahren wird sich der Tiefbau besser entwickeln als der Hochbau.

Der wesentliche Grund für die gestiegene Investitionsbereitschaft der öffentlichen Hände liegt in der verbesserten Haushaltssituation zahlreicher Gemeinden. So stieg das Aufkommen aus der Haupteinnahmequelle der Kommunen, der Gewerbesteuer, zwischen 1992 und 2003 lediglich von rund 23 Mrd. € auf 24 Mrd. €. Erst seit dem Jahr 2004 war eine sichtliche Verbesserung zu registrieren, so dass im Jahr 2006 bereits Einnahmen in Höhe von 38,4 Mrd. € verbucht werden konnten.

Nach einem kräftigen Anstieg der gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden in 2006 um 12,6% wird der Zuwachs – nach den Berechnungen des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 6./7. November 2007 – in diesem Jahr 7,1% betragen, im nächsten Jahr allerdings nur noch 2,1%. Unter der Annahme, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven auch mittelfristig nicht ungünstig sind, dürfte bei den Kommunen der positive Trend bei den Steuereinnahmen anhalten.

Die Kommunen, die mit Abstand größten öffentlichen Investoren in Gebäude und Bauwerke, haben in den letzten Jah-

ren zahlreiche dringend nötige Baumaßnahmen aufgeschoben, um den noch dringend notwendigeren Konsolidierungsbedürfnissen nachzukommen. Ein Teil dieser Arbeiten dürfte nunmehr in Angriff genommen werden.

»Zarte« Erholung im öffentlichen Bau

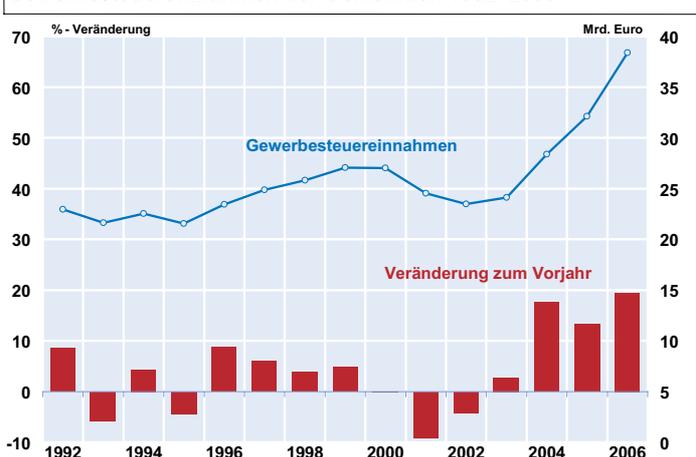
Auch beim Bund eröffnen sich bessere »Gestaltungsspielräume«, als vielfach noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten wurde. Als neue, stabile Einnahmequelle erweist sich dabei die Lkw-Maut. Deren Einnahmen werden zumindest teilweise zur Finanzierung von Straßenbauinvestitionen verwendet. Daneben wird das Investitionsprogramm für Ganztagschulen fortgesetzt sowie weiterhin Mittel für Investitionen in Kindertagesstätten oder Krippen nach dem Tagesbetreuungsgesetz bereitgestellt. Schließlich werden im Rahmen der Förderinitiative »Wohnen, Umwelt, Wachstum« seit Jahresbeginn auch den Kommunen Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude angeboten.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass sich das hohe Wachstumstempo vom Vorjahr nicht in dieses Jahr übertragen hat, was ausschließlich an einer sehr schwachen Nachfrage im Wohnungsbau liegt. So werden die gesamten Bauinvestitionen 2007 nur noch um knapp 1% zulegen, im nächsten Jahr dürfte der Anstieg rund 1 1/2% erreichen. Selbst nach diesen drei Wachstumsjahren in Folge wird 2008 noch nicht einmal wieder das Niveau des Jahres 2003 erreicht. Mitte der neunziger Jahre wurde pro Jahr sogar gut ein Fünftel mehr investiert.

Die Vorträge der drei externen Referenten behandelten das derzeit aktuelle Thema »Klimawandel und Energieverbrauch: Auswirkungen auf die Bauwirtschaft«. Hierzu gab zunächst Eric Heymann, Branchenanalyst der Deutschen Bank Research, einen guten Überblick über die derzeitige Situation sowie mögliche Entwicklungen der Bauwirtschaft im »Klimafokus«.⁸

Die Zeiten dauerhaft niedriger Energiepreise sind vorbei. Anders als bei den ersten beiden Ölpreisschocks liegt dies aber nunmehr nicht in erster Linie an einer Verknappung des Angebots, sondern ist ganz wesentlich nachfrageinduziert. Die Volkswirtschaften expandieren weltweit. Und der Energiehunger der wirtschaftlich besonders kräftig expandierenden Schwellenländer China und Indien führte und führt zu einer beträchtlichen zu-

Abb. 15
Gewerbesteureinnahmen der Gemeinden 1992–2006



Quelle: BMF.

⁸ Vgl. E. Heymann, *Klimawandel und Branchen: Manche mögen's heiß!*, Deutsche Bank Research: Aktuelle Themen 388; Frankfurt am Mai, 2007.

sätzlichen Energienachfrage. Die Energieversorgung wird weiterhin anfällig für Angebotsschocks bleiben, da der große Teil der fossilen Energiereserven in politisch brisanten Regionen liegt. Die Erschließung und Ausbeutung neuer Öl- und Gasfelder wird kontinuierlich teurer, da die leicht zugänglichen bzw. sehr ergiebigen Quellen längst erschöpft sind. Ein Übergang zu erneuerbaren Energien wird aber gerade für die aufstrebenden Volkswirtschaften nur langsam erfolgen können.

Klimawandel nicht mehr aufzuhalten

Die Erwärmung der Erdatmosphäre wird also anhalten. Kein Klimamodell kann aufzeigen, wie schnell und in welchem Ausmaß sich das Klima auf der Erde in den nächsten Jahrzehnten ändern wird. Dennoch weist die überwiegende Mehrheit der Naturwissenschaftler darauf hin, dass der Prozess des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten – selbst bei einem sofortigen Stopp der Emissionen – nicht mehr gestoppt, sondern allenfalls noch verlangsamt werden kann.

Trotz dieser Unsicherheiten gelten aber einige Trends als wahrscheinlich:

- Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur,
- Veränderung der Niederschlagsmuster,
- Zunahme extremer lokaler Wetterereignisse.

Die erwarteten negativen Folgen sind beispielsweise Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Sturm und Überschwemmungen bei lang anhaltenden Regenphasen. In der längeren Frist dürften auch Schäden durch den merklichen Anstieg des Meeresspiegels hinzukommen.

Der Klimaschutz nimmt daher mittlerweile weltweit einen deutlich höheren Stellenwert ein als noch vor wenigen Jahren, wobei die Europäische Union von Anfang an eine Vorreiterrolle gespielt hat. So wurden auf dem EU-Klimagipfel in Brüssel im März 2007 folgende ehrgeizigen Ziele formuliert, die bis 2020 erreicht werden sollen:

- Verringerung der Treibhausgase (– 20%),
- Steigerung der Energieeffizienz (+ 20%),
- Förderung der erneuerbaren Energien (Zunahme des Anteils am Primärenergieverbrauch auf 20%).

Demnach ist zu erwarten, dass die Bundesregierung weiterhin den Verbrauch kohlenstoffintensiver Energieträger (für die Strom- und Wärmeerzeugung sowie für die Mobilität) tendenziell eher versteuern dürfte. Andererseits dürften Forschungsarbeiten zur Steigerung der Energieeffizienz gefördert werden sowie verschiedene Möglichkeiten zur Substitution von fossilen Brennstoffen.

Hoher Energieverbrauch für Beheizung und Belüftung der Gebäude

Deutschland besitzt einen umfangreichen Gebäudebestand, nicht nur für Wohnzwecke, sondern auch in allen drei Wirtschaftszweigen: Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Auf die Beheizung und Belüftung dieser Gebäude entfällt der größte Teil des Primärenergieverbrauchs. In kaum einem anderen Bereich lohnt es sich daher mehr, Investitionen in den Klimaschutz vorzunehmen, als bei der energetischen Sanierung von Gebäuden im Bestand.

Die Bereitschaft der Bevölkerung, ihre Wohngebäude energetisch zu verbessern, ist bereits recht hoch. Dies liegt sicherlich auch daran, dass sich die Energiekosten in den letzten Jahren rasch erhöhten und sich dadurch die getätigten Investitionen bereits nach wenigen Jahren rentieren. Hinzu kam aber auch, dass der Staat über die KfW umfangreiche Mittel zur Reduzierung der Finanzierungskosten bereitstellte.

Durch die Einführung des Energiepasses wird die Transparenz über die Heizkosten sichtlich ansteigen. Die Motivation zahlreicher Wohnungsbesitzer dürfte sich dadurch zukünftig erhöhen, den spezifischen Energieverbrauch in ihren Wohnungsbeständen durch eine energetische Sanierung zu verringern, um die Attraktivität der Wohnungen für potentielle Mieter zu verbessern.

Alle Branchen, die einen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden leisten können, dürften demzufolge zu den Gewinnern des Klimawandels gehören. Hierzu zählen beispielsweise:

- Architektur- und Ingenieurbüros mit der Fokussierung auf Energieberatung oder Energie Contracting,
- verschiedene Unternehmen des Bauhandwerks bzw. des Baunebengewerbes wie Dachdecker, Heizungs- und Lüftungsbauer oder Betriebe mit Know-how in der Gebäudedämmung.
- Hersteller von Dämmstoffen, Glas, Solarmodulen, Heizungs- und Lüftungsanlagen oder kompletten Niedrigenergie- oder Passivhäusern.

Besonders groß dürfte zukünftig die Nachfrage bei den Unternehmen ausfallen, die Angebote aus einer Hand bieten können. Denn immer mehr Haushalte sind bereit, für diesen »Mehrwert« auch mehr zu zahlen.

Bauwirtschaft größter »Profiteur« des Klimawandels

Durch die Klimaveränderungen wird die Bauwirtschaft häufiger als bisher die durch Stürme oder Überschwemmungen

gen verursachten Schäden beseitigen müssen. So bescherte z.B. der Orkan Kyrill dem Dachdeckerhandwerk in vielen Regionen Deutschlands eine Sonderkonjunktur. Noch umfangreicher waren die Schäden der Oderflut 1997 oder beim Elbehochwasser im Jahre 2002, die der Bauwirtschaft umfangreiche, zusätzliche Aufträge bescherte. Auch dürften in den nächsten Jahren die Ausbau- und Ausbesserungsarbeiten beim Küstenschutz intensiviert werden, um der vermutlich steigenden Gefahr von Sturmfluten – etwa an der Nordseeküste – vorzubeugen.

Dürften die Winter zukünftig milder ausfallen, könnte die Bauwirtschaft auch hiervon profitieren. Gibt es ähnlich milde Winter wie 2006/2007 häufiger, würden sich nämlich die Baubedingungen – vor allem im Tiefbau – verbessern. Es gäbe weniger witterungsbedingte Arbeitsausfälle und damit auch eine größere Planungssicherheit bei den Betrieben. Zu berücksichtigen wäre aber auch, dass es durch weniger Frosttage auch zu weniger Straßenschäden – und damit auch zu weniger Ausbesserungsarbeiten, die erforderlich sind –, kommen würde.

Die Bauwirtschaft wird also schon seit Jahren von den Auswirkungen des Klimawandels tangiert. Eine besonders große Bedeutung hat dabei die energetische Gebäudesanierung. Um in diesem Bereich die Investitionstätigkeit der Eigentümer zu stimulieren, vergibt die KfW-Bankengruppe bereits seit etlichen Jahren zinsgünstige, langfristige Kredite. Anja Bukowski, Abteilungsleiterin der KfW, wies in ihrem Referat zunächst darauf hin, dass die Bankengruppe kein Filialnetz hat. Die gewährten Kredite werden vielmehr »durchgeleitet«. Das heißt, der Kreditnehmer – ganz gleich ob Privathaushalt oder Unternehmen – beantragt seinen Kredit bei einer Sparkasse, einer Geschäfts- oder Genossenschaftsbank etc. Nach der Bearbeitung und Genehmigung wird anschließend der Kredit von der KfW über die eingeschaltete Bank an den Kreditnehmer »durchgeleitet«.

Seit 1990 wurden mit Mitteln der KfW 6,7 Mill. Wohneinheiten neu gebaut, modernisiert oder energetisch saniert; wobei der Schwerpunkt auf den Bestandsmaßnahmen lag. Im Rahmen der Förderinitiative »Wohnen, Umwelt, Wachstum« stellt der Bund der KfW im Zeitraum 2006 bis 2009 im Durchschnitt ca. 1 Mrd. € pro Jahr für die Zins-

Tab. 6
KfW-Programme »Energieeffizientes Bauen und Sanieren« 2006

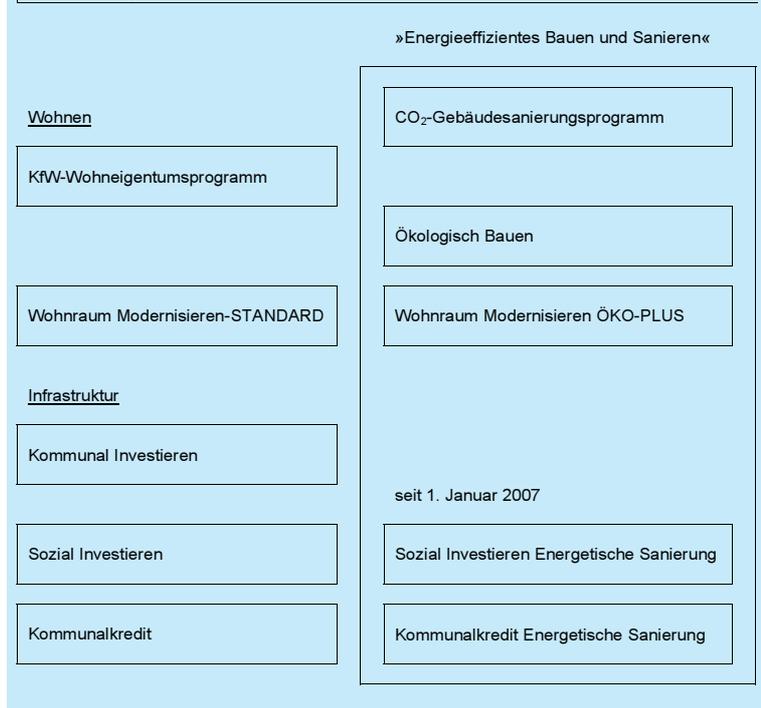
	Darlehen Anzahl	Kreditzusage- volumen Mill. €	Geförderte Investitionen Mill. €
CO ₂ -Gebäude- sanierungsprogramm	43 415	3 472	3 524
Ökologisch Bauen	32 556	2 209	6 999
Wohnraum Moderni- sieren-ÖKO PLUS	51 607	1 317	1 322
Insgesamt	127 578	6 998	11 845

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau.

verbilligung von Krediten und Zuschüssen zur Verfügung, die durch eigene Mittel der KfW noch ergänzt werden. Eine Verlängerung dieser Initiative bis 2011 ist bereits in der Diskussion.

Allein im Jahr 2006 wurden zur Steigerung der Energieeffizienz Kredite im Umfang von fast 7 Mrd. € vorgesehen. Durch die nahezu 130 000 Darlehen wurde ein Investitionsvolumen von knapp 12 Mrd. € angestoßen. Der Schwerpunkt lag dabei beim Programmpaket »Ökologisch Bauen«, auf das bereits knapp 60% der Investitionssumme entfiel, auf das CO₂-Gebäudemodernisierungsprogramm 30%. Die restlichen 1,32 Mrd. € flossen in das ÖKO-PLUS Programm.

Abb. 16
Aktuelle Programmübersicht der Förderinitiative »Wohnen, Umwelt, Wachstum«



Ausweitung der KfW-Programme ab 2007 auch auf Kommunen

Die wohnwirtschaftlichen Programme der KfW werden seit Anfang 2007 um Fördermittel zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude erweitert, so dass das bereits hohe Fördervolumen für »energieeffizientes Bauen und Sanieren« sogar noch gesteigert werden kann. Nach den Angaben der KfW konnten bereits 2006 durch die angestoßenen Investitionen mehrere 100 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. Die daraus resultierenden CO₂-Einsparungen werden derzeit noch evaluiert und in Kürze veröffentlicht.

Im abschließenden Referat zeigte Bernd Kramer von der Interpane Glas Industrie AG schließlich auf, in welchem Umfang eine einzelne Branche der Bauzulieferindustrie – die Glashersteller – durch den Klimawandel und die Notwendigkeit der Energieeinsparung in Gebäuden ihre Umsätze bereits erhöhen konnten bzw. weiteres Umsatzwachstum erwarten.

Nach den Daten des Verbandes der Fenster- und Fassadenhersteller e.V. (VFF) erhöhte sich der Fensterabsatz für Neubauten von 2005 auf 2006 um rund 200 000 auf 5,3 Mill.istereinheiten. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der verkauften Festeresteinheiten im Renovierungsbereich jedoch um rund 900 000 auf 7,4 Mill. Einheiten. Nach den Verbrauchsprognosen dürfte es im Bestandssektor auch in diesem Jahr noch ein leichtes Wachstum (+ 1,8%) geben, während der Absatz bei Neubauten stagnieren dürfte. Das Wachstum von rund 3½%, das für 2008 erwartet wird, dürfte vom gewerblichen Bau sowie – erneut – vor allem von Renovierungsarbeiten herrühren.

Der wesentliche Grund für das Marktwachstum dürfte somit in der zunehmenden energetischen Sanierung der Wohnungsbestände, aber auch gewerblicher und öffentlicher Gebäude liegen. Welches zukünftige Potential hier noch schlummert, zeigt eine Analyse des Bauvolumens vom Jahr 2006. Danach beliefen sich von den insgesamt 129,5 Mrd. € Wohnungsbauvolumen rund 80½ Mrd. € (62%) auf Bestandsmaßnahmen.⁹ Im Nichtwohnungsbau dürften von 106 Mrd. € nur etwa die Hälfte auf Neubauten entfallen sein. Daraus folgt, dass 2006 bereits 133½ Mrd. € (56,7%) vom gesamten Bauvolumen in Höhe von 235½ € in bestehende Gebäude und Bauwerke investiert wurde.

Der VFF beziffert den gesamten Fensterbestand in Deutschland 2006 auf rund 560 Mill. Festeresteinheiten, wovon knapp 40% (220 Mill.) bereits mit Wärmedämmglas ausgestattet

sind. Um alle Festeresteinheiten auf das heutige energetische Anforderungsniveau zu bringen, müssten demnach weitere 340 Mill. Fenster in Deutschland modernisiert oder ausgetauscht werden. Bei 1,69 m² Fensterfläche je Festeresteinheit ergeben sich 575 Mill. m² Glasfläche, mit der ein Einsparpotential von jährlich rund 11 Mrd. Liter Heizöl erreicht werden könnte und eine Reduktion der CO₂-Emissionen von rund 32 Mill. Tonnen.

⁹ Vgl. B. Bartholmai und M. Gornig; *Strukturdaten für Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Berechnungen für das Jahr 2006*, BMVBS, 2007.

Branchenforum 4: Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

Unter der bewährten Leitung von Robert Obermeier von der IHK für München und Oberbayern fand auch das diesjährige Dienstleisterforum statt. In den Eingangreferaten von Harald Blau und Gernot Nerb vom ifo Institut wurden die konjunkturellen sowie die mittel- bis langfristigen Perspektiven des Dienstleistungssektors diskutiert. Ein Schwerpunkt des Forums lag diesmal auf den Wachstumschancen von öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. Dieses Thema wurde von Erich Bagus, Feri Rating Research GmbH, Bad Homburg, behandelt. Den Abschluss bildete Manfred Bayerlein, TÜV Süd Industry Service GmbH, der demonstrierte, wie auch Dienstleistungsunternehmen auf dem internationalen Markt erfolgreich sein können. Im Folgenden sollen nicht in chronologischer Abfolge, sondern gegliedert nach Themenblöcken einige wichtige Ergebnisse dieses Forums vorgestellt werden.

Zur Struktur des Dienstleistungssektors

Insgesamt entfallen in Deutschland rund 70% der Wertschöpfung und 72% der Erwerbstätigen auf den Dienstleistungssektor (vgl. Tab. 7, 8 und 9). Dienstleistungen sind jedoch ein sehr heterogener Wirtschaftssektor. Die Präsentationen und Diskussionen im Forum konzentrierten sich auf die beiden Teilbereiche »Unternehmensnahe Dienstleister« sowie »Öffentliche und private Dienste«. Auf beide Teilbereiche entfallen in Deutschland 47% der Bruttowertschöpfung und 43% der Erwerbstätigen. Dabei liegt der Anteil an der gesamtdeutschen Wertschöpfung bei den Unternehmensdiensten mit 25% nur geringfügig höher als bei den staatlichen und personenbezogenen Diensten (gut 22%). Demgegenüber fällt der Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bei den öffentlichen und persönlichen Serviceanbietern mit 29% mehr als doppelt so hoch aus wie bei den Unternehmensdienstleistern (14%).

Tab. 7
Branchenstruktur – Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2006

	Anteil in %	
Alle Wirtschaftsbereiche^{a)}		100,0
Warenproduzierendes Gewerbe (i.w.S.)	100,0	30,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,8	0,9
Warenproduzierendes Gewerbe (i.e.S.)	83,9	25,5
Baugewerbe	13,2	4,0
Dienstleistungsbereiche	100,0	69,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	25,8	18,0
Finanz- und Unternehmensdienstleister	42,5	29,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6,7	4,7
Unternehmensnahe Dienstleister ^{b)}	35,8	24,9
Öffentliche und persönliche Dienste	31,7	22,1

^{a)} Nach dem Inlandskonzept, in jeweiligen Preisen. – ^{b)} Inkl. funktional abgegrenzter Wohnungsvermietung.

Quelle: E. Bagus, Feri Rating & Research GmbH.

Tab. 8
Branchenstruktur – Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2006

	Anteil in %	
Alle Wirtschaftsbereiche^{a)}		100,0
Warenproduzierendes Gewerbe (i.w.S.)	100,0	28,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,8	2,2
Warenproduzierendes Gewerbe (i.e.S.)	72,2	20,3
Baugewerbe	20,0	5,6
Dienstleistungsbereiche	100,0	71,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	35,5	25,5
Finanz- und Unternehmensdienstleister	24,0	17,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4,4	3,2
Unternehmensnahe Dienstleister ^{b)}	19,5	14,0
Öffentliche und persönliche Dienste	40,6	29,1

^{a)} Nach dem Inlandskonzept. – ^{b)} Inkl. funktional abgegrenzter Wohnungsvermietung.

Quelle: E. Bagus, Feri Rating & Research GmbH.

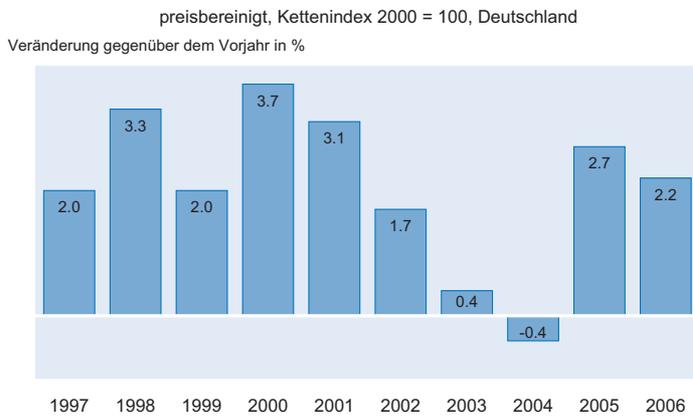
Tab. 9
Branchenstruktur – Dienstleistungssektor 2006
Branchenanteil in %

	WZ-Nr.	Umsatz, Wert	Beschäftigte
Unternehmensnahe Dienstleister^{a)}	K	100,0	100,0
Immobilienwesen	70	2,4	8,5
Mobilienvermietung, -Leasing	71	7,3	1,9
Datenverarbeitung	72	15,4	10,3
Forschung und Entwicklung	73	1,9	2,7
Beratung, Planung, Auftragsdienst	74	51,0	76,6
Rechts-, Wirtschaftsberatung	74.1	21,3	19,4
Architektur- und Ingenieurbüros	74.2	7,9	8,7
Technische Untersuchung	74.3	1,2	1,3
Werbung	74.4	4,3	4,9
Personalvermittlung und -überlassung	74.5	3,1	11,0
Sicherheitsdienste, Detekteien	74.6	0,9	3,3
Gebäudereinigung	74.7	3,0	18,2
Auftragsdienste	74.8	9,3	9,8

^{a)} Umsatz insgesamt = 431 Mrd. €, Beschäftigte insgesamt = 5,39 Millionen.

Quelle: E. Bagus, Feri Rating & Research GmbH.

Abb. 17
Bruttowertschöpfung: Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister



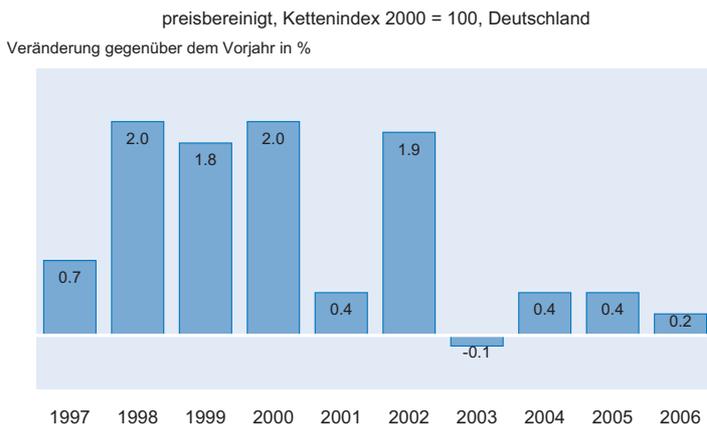
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen unter anderem EDV-Service-Unternehmen, Forschung und Entwicklung sowie Werbeagenturen zählen, wiesen im Durchschnitt der letzten 25 Jahre ein nahezu doppelt so starkes Wachstum auf wie die Gesamtwirtschaft (gut 4% im Vergleich zu 2% in der Gesamtwirtschaft). Diese Schlussfolgerung gilt in der Tendenz sowohl für Deutschland wie für die EU-15 insgesamt.

Noch imposanter ist die Bedeutung der Unternehmensdienstleistungen für die Beschäftigtenentwicklung: Während bei den Unternehmensdienstleistungen die Beschäftigtenzahl ähnlich stark wie der Umsatz wuchs (rund 4% pro Jahr im Zeitraum 1980 bis 2005), nahm in der übrigen Wirtschaft die Beschäftigtenzahl im Durchschnitt nur gut um ein halbes Prozent zu und sank im verarbeitenden Gewerbe sogar um rund 1% p.a.

Auch diese Tendenzen gelten mit einigen Nuancierungen sowohl für Deutschland wie für die EU-15 insgesamt.

Abb. 18
Bruttowertschöpfung: Öffentliche und private Dienstleister



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Anders als die Unternehmensdienstleistungen entwickelten sich die haushaltsbezogenen öffentlichen und privaten Dienstleistungen in den vergangenen 25 Jahren deutlich schwächer als die Gesamtwirtschaft. Sowohl hinsichtlich der realen Umsatz- wie auch der Beschäftigtenentwicklung lag in Deutschland und in der EU-15 das entsprechende Wachstum durchschnittlich nur bei einem halben Prozent pro Jahr.

Es gibt eine Reihe von Gründen, mit denen sich das überdurchschnittliche Wachstum der Unternehmensdienstleistungen erklären lässt. Um nur einige zu nennen: zunehmende Spezialisierung innerhalb der Dienstleistungen, technologische Änderungen, verstärkter Zwang zum Outsourcing, um kostenmäßig mithalten zu können, neue Konsumenten- und Produzentenbedürfnisse etc.

Auf der anderen Seite litten die privaten und öffentlichen Dienstleistungen – ähnlich wie der private Konsum insgesamt – unter der ungünstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung.

Konjunkturausblick für den Dienstleistungssektor in 2008 und 2009

Neben den aufgezeigten längerfristigen Trends ist bei kürzerfristigen Prognosen auch die Konjunktur zu berücksichtigen. Gerade die Unternehmensdienstleistungen unterliegen ähnlich starken Konjunkturschwankungen wie das verarbeitende Gewerbe (vgl. Abb. 20); bei den haushaltsbezogenen öffentlichen und privaten Dienstleistungen spielt die Konjunktur demgegenüber eine deutlich geringere Rolle.

Entsprechend der im Forum vorherrschenden konjunkturellen Vorstellung von einer Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs in abgeschwächter Form 2008 und 2009, verbunden mit einer Verlagerung der Auftriebskräfte tendenziell weg von den Unternehmensinvestitionen und dem Export und hin zum privaten Konsum wurde zwar weiterhin ein überdurchschnittliches Wachstum der Unternehmensdienstleistungen, aber auch ein relatives Aufholen der haushaltsbezogenen öffentlichen und privaten Dienstleistungen erwartet. Konkret wird mit einem Wachstum der realen Umsätze der Unternehmensdienstleister im Jahre 2007 von 3,7% nach 4,4% 2006 und einem weiteren leichten Rückgang der Wachstumsraten auf 3,2% 2008 und 3,1% 2009 gerechnet.

Abb. 19
ifo Konjunkturtest – Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Auf der anderen Seite dürfte das Wachstum der privaten und öffentlichen Dienstleistungen von 0,3% im Jahr 2006 auf 1,1% in diesem Jahr und 1,3% jeweils 2008 und 2009 zunehmen.

Innerhalb der Gruppe der Unternehmensdienstleister wird das Wachstum weiterhin am stärksten in der **Personalvermittlung und -überlassung** (d.h. hauptsächlich Zeitarbeitsunternehmen) bleiben. Im Dreijahreszeitraum 2007 bis 2009 dürfte hier real der Umsatz um 18%, pro Jahr also um knapp 6% steigen. Im Dreijahreszeitraum 2006 gegenüber 2003 betrug die Zuwachsrate sogar 68%. Eine hohe Zuwachsrate liegt voraussichtlich auch bei der **Mobilienvermietung und beim Mobilienleasing** vor.

Was die öffentlichen und privaten Dienstleistungen anbelangt, wird die stärkste Zuwachsrate im Zeitraum 2007 bis 2009 im Bereich **Gesundheit** liegen. Hier dürfte das reale Umsatzniveau 2009 um rund 5% höher liegen als 2006, während im

vorausgehenden Dreijahreszeitraum 2003 bis 2006 ein Rückgang um 3% vorlag. Auch bei der **Entsorgung** wird sich im Zeitraum 2007 bis 2009 ein leichter Zuwachs ergeben, und zwar real um insgesamt ca. 2%, während im Dreijahreszeitraum davor ein Rückgang in ähnlicher Größenordnung vorliegt.

Diese auf dem Forum des ifo Branchen-Dialogs vertretenen Prognosen stützen sich stark auf Ergebnisse der ifo-Kooperationspartner Cambridge Econometrics und Feri Rating Research GmbH in Bad Homburg.

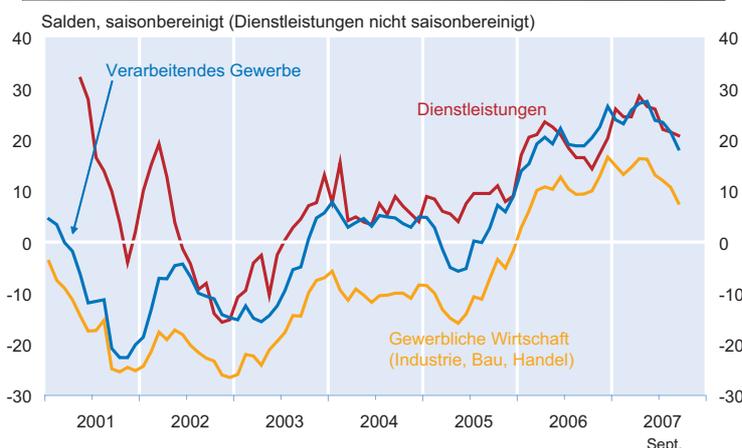
Wachstumschancen für öffentliche und private Dienstleistungen

Die von Erich Bagus, Feri, auf dem Symposium vorgetragenen Ausführungen zu diesem Thema lassen sich in Kurzform folgendermaßen zusammenfassen: Während unternehmensnahe Dienstleister stark von der Investitionstätigkeit der Unternehmen und den Exportserfolgen des verarbeitenden Gewerbes profitieren, wird die Geschäftstätigkeit der öffentlichen und persönlichen Dienste demgegenüber vorwiegend durch die Bevölkerungsentwicklung und die Einkommenslage bzw. Konsumneigung der privaten und öffentlichen Haushalte bestimmt.

Ungeachtet der zuletzt höheren Tarifabschlüsse in Deutschland bleibt die Bruttolohnentwicklung durch die forcierte Internationalisierung der Produktion seit der Grenzöffnung zum Osten eher begrenzt. Abzüglich tendenziell steigender Sozialabgaben und Preissteigerungen bei Energie und sonstigem Grundbedarf legt folglich der real verbleibende Nettolohn für den durchschnittlichen Arbeitnehmer allenfalls verhalten zu. Da obendrein die aktuelle Beschäftigungszunahme vermehrt auf neue Leiharbeitsverhältnisse und Teilzeit- sowie Minijobs zurückgeht, ist – ungeachtet gegenläufiger Konjunkturlinien – kaum ein nachhaltiger realer Zuwachs der frei verfügbaren Kaufkraft zu erwarten. Der langjährig verhaltene private Konsum stellt somit auch zukünftig für einen Großteil der konsumabhängigen Serviceleistungen eine schwer überwindbare Nachfragehürde dar, zumal die Bevölkerung schrumpft.

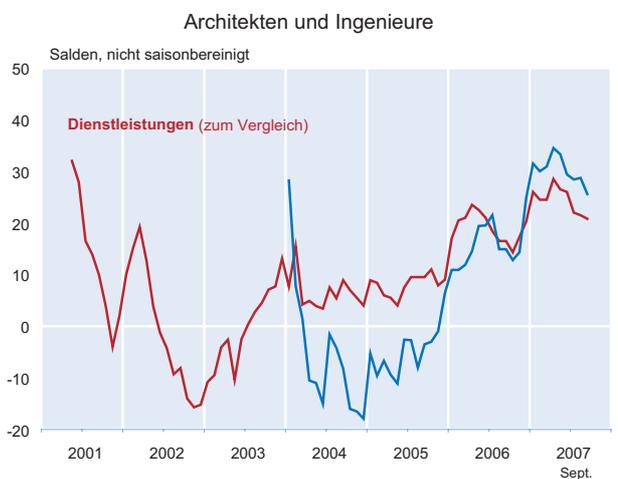
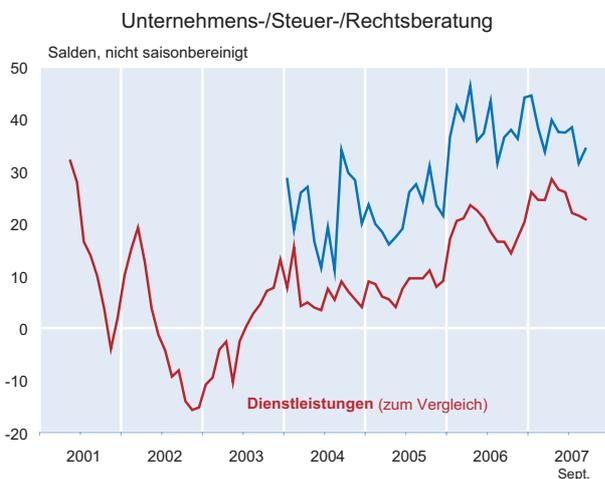
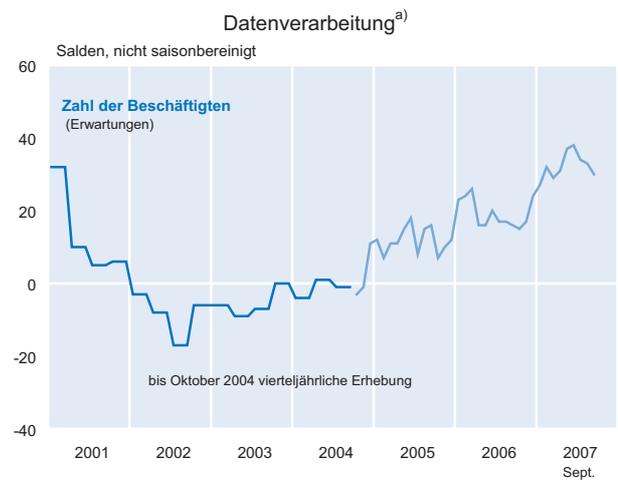
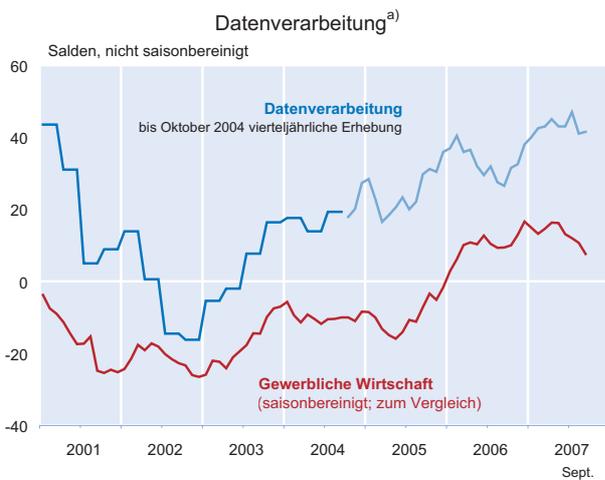
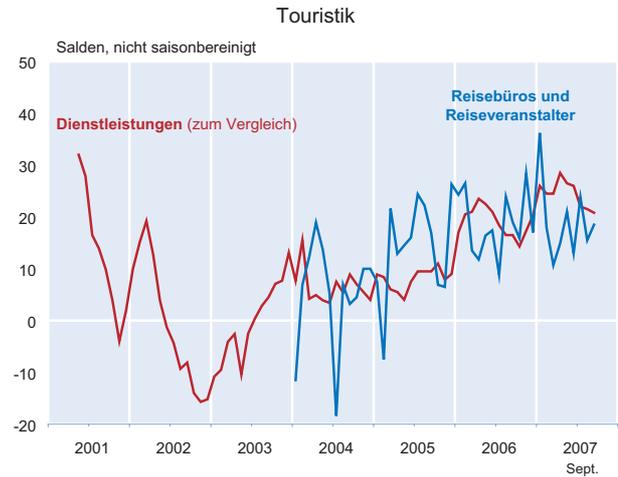
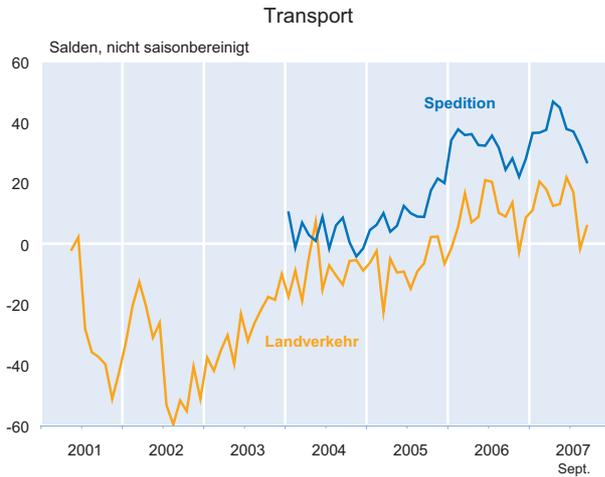
Durch die nachhaltig sinkende Kinderzahl sind besonders die Leistungsanbieter im Erziehungs- und Unterrichtswesen benachteiligt. Auf der anderen Seite stellt die zunehmende Alterung der Bevölkerung ein nahezu zwangsläufiges und zeitweilig auch relativ dynamisches Basiswachstum von

Abb. 20
ifo Konjunkturtest – Geschäftsklima im Vergleich



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 21
ifo Konjunkturtest – Dienstleistungen
Geschäftsklima



^{a)} Software-Entwicklung, Consulting, System-/Network Operation, Processing, Environmental Services, Wartung u. a.

Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Wellness- bzw. Gesundheits- und Sozialdiensten sicher. Da ein großer Teil der entsprechenden Serviceangebote als individuelle Sachleistung über Konsumausgaben des Staates bzw. der Sozialversicherung finanziert wird, leidet der Ausbau dieser personalintensiven und potentiell sehr beschäftigungsfördernden Dienste jedoch sowohl unter direkten Steuerungseingriffen durch die öffentliche Hand als auch unter gesetzlich verordneten Kostendämpfungsmaßnahmen. Faktisch laufen letztere darauf hinaus, bisher öffentlich bereitgestellte Leistungen zunehmend selbst zu verantworten und privat zu finanzieren. Obwohl dieser Prozess zum Teil die ohnehin steigende Wertschätzung der individuellen Gesundheit durch die alternde Bevölkerung widerspiegelt, absorbiert er zugleich bisher eher frei verfügbare Einkommensbestandteile für bestimmte Verwendungszwecke. Folglich bleibt für die übrigen, mehr einkommensabhängigen persönlichen Serviceangebote weniger Kaufkraft übrig.

Im Bereich der persönlichen Dienste stehen insofern gewichtige Branchen mit den übrigen Sparten im direkten Wettbewerb. Bei unternehmensnahen Diensten wirken die exogenen Nachfragedeterminanten demgegenüber gleichförmiger, während sich Konkurrenzbeziehungen zwischen Branchen eher auf Einzelfälle beschränken.

In diesem Zusammenhang darf für den Bereich der öffentlichen und persönlichen Dienste auch der weitverbreitete sparteninterne Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern nicht unerwähnt bleiben. Im allgemeinen Trend werden zwar öffentlich-rechtliche Serviceangebote aufgrund der zumeist höheren Effizienz privat erbrachter Dienstleistungen allmählich zurückgedrängt. Dies bedeutet aber oftmals auch eine zumindest vorübergehende Dämpfung der branchenspezifischen Personalintensität und der damit verbundenen Beschäftigungspotentiale.

Beispiel für ein exportstarkes Dienstleistungsunternehmen

Während die deutsche Industrie Exportweltmeister ist, sind die Dienstleister Deutschlands wesentlich weniger exportstark. Es gibt aber einige Ausnahmen. Eine davon ist der TÜV Süd, der sich zum weltweit viertgrößten technischen Dienstleistungsunternehmen mit einem Auslandsanteil von

Tab. 10
Umsatz, Wert
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	WZ-Nr.	2007	2008	2009
Unternehmensnahe Dienstleister	K	5,7	5,0	5,0
Immobilienwesen	70	3,8	2,9	2,9
Mobilienvermietung, -Leasing	71	9,9	7,1	6,6
Datenverarbeitung	72	6,6	6,3	6,3
Forschung und Entwicklung	73	5,8	6,0	5,6
Beratung, Planung, Auftragsdienst	74	5,7	5,3	5,3
Rechts-, Wirtschaftsberatung	74.1	6,0	5,8	5,9
Architektur- und Ingenieurbüros	74.2	3,8	3,3	3,0
Technische Untersuchung	74.3	6,5	5,1	4,6
Werbung	74.4	4,6	4,7	4,7
Personalvermittlung und -überlassung	74.5	11,2	5,9	5,4
Sicherheitsdienste, Detekteien	74.6	4,1	3,9	3,6
Gebäudereinigung	74.7	3,7	3,5	3,4
Auftragsdienste	74.8	6,2	6,7	6,8
Öffentliche und persönliche Dienste	L-O	1,9	2,4	2,4
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	L	1,2	1,8	1,7
Erziehung und Unterricht	M	1,4	2,1	1,9
Kindergärten, Grundschulen	80.1	1,4	1,4	1,2
Weiterführende Schulen	80.2	2,1	2,2	2,2
Hochschulen	80.3	2,0	2,3	2,3
Erwachsenenbildung	80.4	-1,8	2,1	1,9
Gesundheit und Soziales	N	2,3	2,9	2,9
Gesundheitswesen	85.1	2,0	2,7	2,6
Krankenhäuser	85.11	1,7	2,8	2,7
Arztpraxen	85.12	2,5	2,8	2,7
Zahnarztpraxen	85.13	1,9	2,4	2,4
Sonstige Heilberufe, Rettungsdienste u.a.	85.14	2,3	2,7	2,8
Veterinärwesen	85.2	1,5	2,6	2,3
Sozialwesen	85.3	3,5	3,6	4,0
Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a.	O	2,2	2,7	2,7
Entsorgung	90	1,5	2,3	2,7
Interessenvertretungen	91	1,9	2,8	2,2
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	2,5	2,9	2,9
Persönliche Hygiene u.a.	93	2,3	2,5	2,4

Quelle: E. Bagus, Feri Rating & Research GmbH.

rund einem Viertel entwickelt hat. Der Gesamtumsatz belief sich im Jahre 2006 – dem vierten Rekordjahr in Folge – auf knapp 1,2 Mrd. €; beschäftigt werden rund 12 000 Mitarbeiter und die Umsatzrendite lag bei rund 11%. Der Geschäftserfolg beruht nach Manfred Bayerlein, dem Sprecher der Geschäftsführung des TÜV Süd, vor allem auf den vier Säulen:

- Kundenorientierung,
- Internationalisierung,
- Qualifikation und Motivation unserer Mitarbeiter und
- beständige Innovation.

Kundenorientierung: Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der weltweiten Konkurrenz kommt der Kommunikation mit den Kunden und die Ausrichtung an den Kundenbedürfnissen eine entscheidende Rolle für den Erfolg zu.

Tab. 11
Beschäftigtenzahl
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	WZ-Nr.	2007	2008	2009
Unternehmensnahe Dienstleister	K	3,6	3,1	3,0
Immobilienwesen	70	1,0	0,5	0,4
Mobilienvermietung, -Leasing	71	2,6	2,1	2,0
Datenverarbeitung	72	5,5	4,9	4,8
Forschung und Entwicklung	73	2,2	1,7	1,6
Beratung, Planung, Auftragsdienst	74	3,7	3,2	3,1
Rechts-, Wirtschaftsberatung	74.1	3,5	3,7	3,6
Architektur- und Ingenieurbüros	74.2	2,2	2,0	1,7
Technische Untersuchung	74.3	2,8	2,2	1,9
Werbung	74.4	2,5	2,8	2,7
Personalvermittlung und -überlassung	74.5	9,1	4,7	4,2
Sicherheitsdienste, Detekteien	74.6	2,0	2,2	2,0
Gebäudereinigung	74.7	2,2	2,2	2,2
Auftragsdienste	74.8	3,5	4,1	4,1
Öffentliche und persönliche Dienste	L-O	0,9	1,0	1,0
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	L	-0,7	-0,4	-0,4
Erziehung und Unterricht	M	0,8	0,7	0,6
Gesundheit und Soziales	N	1,5	1,8	1,8
Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a.	O	1,6	1,5	1,4
Entsorgung	90	-1,1	-0,2	-0,2
Interessenvertretungen	91	1,3	1,5	1,6
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	2,1	1,8	1,7
Persönliche Hygiene u.a.	93	1,8	1,7	1,3

Quelle: E. Bagus, Feri Rating & Research GmbH.

Im Mittelpunkt stehen maßgeschneiderte Lösungen. Wichtigste Schnittstelle zum Kunden ist der Sachverständige, der von Key-Account-Managern und Branchenmanagern unterstützt wird.

Internationalisierung: In globalisierten Märkten ist das weltweite Netzwerk in Verbindung mit einer starken lokalen Präsenz entscheidend für den Erfolg. Die Kunden werden überall hin auf der Welt begleitet. Der TÜV Süd vertraut dabei wo möglich auf einheimische Sachverständige, ob es sich um die Prüfung von Aufzügen in Dubai, die Prüfung von Chemieanlagen in den USA, Produktprüfungen in China oder – das aktuellste Großprojekt vom TÜV Süd – die Kfz-Prüfung in der Türkei handelt. Das umfassende Aus- und Weiterbildungsprogramm sichert die hohe Qualität der Dienstleistungen.

Hochqualifizierte Mitarbeiter: Kennzeichnend für den TÜV Süd ist der hohe Anteil an Ingenieuren mit hohem Ausbildungsstand. Zusätzlich zu ihrer Anfangsqualifikation durchlaufen die Sachverständigen eine systematische interne Aus- und Weiterbildung (Qualitätssicherung durch Qualifikation). Mit ihrem technischen Know-how, ihrer Kenntnis der internationalen und nationalen Regelwerke und ihrer Vertrautheit mit dem Stand der Technik unterstützen die Sachverständigen ihre Kunden und leisten einen wichtigen Beitrag zu ihrem geschäftlichen Erfolg. Die persönliche Kom-

petenz und Integrität der Sachverständigen prägt die Unternehmenskultur und das Image vom TÜV Süd als kompetenten und zuverlässigen Partner bei wichtigen Aufgaben und Entscheidungen.

Innovationen: Durch beständige Innovation wird das Dienstleistungsangebot vom TÜV Süd kontinuierlich verbessert und an veränderte Marktbedingungen und Kundenbedürfnisse angepasst. Dabei verbindet sich das technische Know-how mit dem umfangreichen Wissen um technische und organisatorische Prozesse. Das betrifft beispielsweise die ganzheitliche Anlagentechnik (gAte), das risikoorientierte Instandhaltungsmanagement (TÜV-RoIM), das virtuelle Prüfbuch netDocX oder – im Zeichen der Klimaschutzdiskussion – die Komplexe Energieberatung für Unternehmen. Durch solche Dienstleistungen leistet der TÜV Süd einen wichtigen Beitrag zur Prozessoptimierung auf Kundenseite und schafft damit einen zählbaren Mehrwert.